



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

22.09.1932 (Nr. 211)

LEZAR

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag und Geschäftsstelle: Papenstraße 15, Redaktion: Langen-
straße 48. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von
18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domscheide 258 78.
Die BZ erscheint Verlags und kostet RM 1.90 frei Haus,
durch die Post zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts
RM 0.12; im Ertell RM 0.50, auswärts RM 0.70; Stellengeluche
RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.03. Blankverschrift ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot usw. hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Das Volk wird siegen!

Von Dr. Otto Dietrich

512: 42 laute die Wiffenarte des deutschen
Volles für Herrn von Papen und sein „Präsi-
dialkabinet“. Die Weigerung des Kabinetts, zu-
rückzutreten, und sein Versuch, trotz dieses ver-
nichtenden Mißtrauensvotums weiter zu regieren,
ist eine offene Brückung des Volles. Eine ebenio
kleine wie unfähige reaktionäre Clique glaubt
dem Willen der Nation trogen zu können. Nun
gut! Das Volk nimmt diesen Fehdehandschuh auf!
Am 6. November, dem letzten verfassungsmäßig
noch möglichen Termin, sollen die Wahlen statt-
finden. Wenn auch nur aus Verlegenheit — die
Herrn der Regierung Papen haben diesen Wahl-
kampf gewollt. Sie sollen ihn haben!

Wir sind sicher, daß das „Papen-Intermezzo“
in der deutschen Geschichte einmal einen Platz
einnehmen wird, dessen unerschulte historische
Bedeutung allerdings im ungetrübten Verhältnis
sehen wird zu seiner eigenen politischen Bedeu-
tungslosigkeit. Vielleicht hat das Schicksal uns die-
sen Herrn von Papen geschickt, um an ihm und
dem Beispiel seiner Regierungsmethoden endlich
dem ganzen deutschen Volk Klarheit werden zu
lassen, mit welcher tiefer innerer Berechtigung die
nationalsozialistische Freiheitsbewegung ihren
Kampf um die Nation führt, und warum sie in
diesem Kampfe siegen muß. Klare Erkenntnis ist
die Voraussetzung zu richtigem Handeln. Das gilt
auch für das deutsche Volk, das durch die un-
erfüllten politischen Versprechungen der letzten Re-
gierung erst lebend und damit eigentlich erst reif ge-
worden ist für die große Entscheidung, die es am
6. November zu fällen hat.

Vorüber man bisher das Volk noch durch eine
müßige Regierungspresse zu täuschen ver-
mochte, das weiß heute jeder einzelne, vom
höchststehenden Intellektuellen bis zum einfachsten
Handwerker in Deutschland: Die Politik der deut-
schen Regierungen in den letzten Jahren bestand
zu ihrem entscheidenden Teil in nichts anderem,
als darin, unter allen Umständen der national-
sozialistischen Freiheitsbewegung den Weg zur
Macht zu verlegen. Der „jüdischen“ Arbeit der
Vera Verminung lag in Wirklichkeit nichts anderes
als das jahrelange Wühlen um die Zerkürierung
der SPD, der willkommenen Hilfspolizei gegen
die nationalsozialistische Bewegung zugrunde. Das
„tragische Geschehen“ der letzten Wochen und Mo-
nate, das die Leute um Papen angeblich so be-
wogen hat, sein tiefsten Sinn in Wahrheit nur
in der Wut, koste es was es wolle, zu ver-
hindern, daß die NSDAP, an die Regierun-
gsführung im Reich gelangt.

Warum hat der Herr Reichspräsident die Mög-
lichkeit, gegen den Willen der Mehrheit des
Reichstages zu regieren, erst jetzt entdeckt, und
warum nicht von ihr Gebrauch gemacht, als diese
Mehrheit eine marxistische war?

Warum hat der Herr Reichspräsident nicht den
Reichstag auflösen lassen, als seine damalige
Mehrheit für Annahme des Youngplans war,
der Deutschland dem Ruin entgegenführte, wußte,
wie die Nationalsozialisten richtig voraussahen?

Warum läßt der Herr Reichspräsident heute
gegen den Willen der Mehrheit des Reichstages
regieren, in dem Augenblick, in dem die Mehr-
heit eine nationale, von den besten Teilen des
deutschen Volkes getragene ist?

Warum tritt Herr von Papen, der noch vor
wenigen Wochen angeblich seine Aufgabe darin
sah, diese nationalen Kräfte an die Führung des
Staates heranzuführen, nicht zurück, um eine
solche Möglichkeit zu ergreifen?

Auf alles das gibt es nur eine Antwort: Weil
man die nationalsozialistische Freiheitsbewegung
benutzt von der Führung des Volkes fernhalten
wollte!

Das weiß heute das Volk und hat sich — trotz
der irdenführer Regierungspresse und ihrer
Goldschreiber — sein eigenes Urteil darüber ge-
bildet.

Es weiß, daß wenn der Herr Reichspräsident

gemäß dem Sinn der Verfassung und in Ueberein-
stimmung mit dem Willen des Volkes den Füh-
rer der nationalsozialistischen Bewegung zur Füh-
rung der Regierung berufen hätte, heute mehr als
30 Millionen Wähler, d. h. fast das ganze deutsche
Volk hinter einer solchen Regierungsführung stände,
um mit vereinten Kräften an den inneren Wie-
deraufbau heranzugehen und den Kampf für die
Gleichberechtigung nach außen hin aufzunehmen.

Es weiß, daß mit diesem Tage die deutsche
Schicksalswende eingeleitet und das große Ver-
söhnungswort im deutschen Volke zur Wirklichkeit
geworden wäre. Es weiß, daß die NSDAP, zu
diesem Wert die Hand reichte und daß man sie
mit den fadenheiligsten Begründungen gegenüber
der Öffentlichkeit ausschling.

Warum? Auch das weiß das Volk!

Es sieht, wie die geübte Regierung v. Pa-
pen, hinter der eine Hand voll Reaktionäre und

als Drahtzieher die jüdische Hochfinanz steht, die
Rechte des Volkes mißachtet.

Es sieht, wie das wirtschaftliche Elend in dieser
von der Regierung heraufbeschworenen Atmosphäre
des Mißtrauens zunimmt und zunehmen muß.

Es muß — am Rande des Abgrundes — zu-
sehen, wie ein zum Himmel schreiend unsozialer
„Wirtschaftsplan“ notabenehmt wird, der ange-
sichts der Wirtschaft die Freiheit wiedergeben soll
und 2½ Milliarden neuer Papiere dem Volke
ausgeliefert, aber nach dem Urteil aller
Einsichtigen eine furchtbare Enttäuschung bringen
und das Ende aller Wirtschaft herbeiführen wird.

Das Volk, durch die Meinungsarbeit der Regie-
rungspreste nicht mehr zu täuschen, steht heute völ-
lig klar: Hier eine Regierung gegen das Volk,
die ohne Aussicht auf Erfolg die Nation aufs
neue in die Verwirrung, in den Zustand der
Rechtslosigkeit und Klassenherrschaft hineintreibt —
dort die von der Reaktion gehegte und mit den
struppeltesten Mitteln niedergehaltene national-
sozialistische Freiheitsbewegung, die mit dem
Volk und für das Volk der Nation eine neue
Zukunft erschließen will und allen Widerständen
zum Trotz erschließen wird.

Wir fordern Hilfe für die Land- wirtschaft vom Reichspräsidenten

Das Oldenburgische Staatsministerium an den Reichspräsidenten.

Oldenburg, 21. Sept.

Die Preisseile des Oldenburgischen
Staatsministeriums übergibt der Öffentlichkeit ein längeres
Scheitern der Staats-
regierung an den Reichspräsidenten und
verweist darauf in eindringlichen Worten auf
die Notlage der oldenburgischen Landwirtschaft,
in der durch unbillig hohe Ab-
gaben und Unkosten in grauenvoller Kon-
sequenz ein Verfall nach dem anderen zum
Erliegen kommt. Es heißt dann u. a.:

„Böswillige Gläubiger pressen die Men-
schen aus zu staatlich konfessionierten
Wucherzinsen. Können aber diese Zinsen
nicht bezahlt werden, was bei dem kata-
strophalen Zusammenbruch der Preise für
landwirtschaftliche Erzeugnisse meistens
recht bald geschieht, dann folgen Zusammen-
bruch und Zwangsversteigerung. Die Preise
für Grund und Boden liegen recht niedrig
im Kurs. Höfe werden zu einem Spot-
preis veräußert. Der einst schaffste
Vauer wird zum heimtätigen Bettler. Eine
einzige Katastrophe ist das Schicksal der
Bäuer. Was dort an Leid und Jammer
heute zu finden ist, kann Ihnen, Herr
Reichspräsident, einfach nicht bekannt sein,
sonst hätten Sie dem unbilligen Zustand

längst ein Ende bereitet.

Gebietet rufen diese himmelschreienden
Zustände nach einer sofortigen Milderung.
Was ist nötig?

1. Eine sofortige Herabsetzung des Reichs-
bankdiskonts auf höchstens 2 Prozent,
wobei jedes Reduzieren von Unkosten-
zinsen oder Vermittlergebühren streng-
stens unterjagt wird. Die Ausglä-
derung der Arbeit durch höhere als
die gesetzlichen Zinsen muß durch ein
Bauergesetz unter schwerer Strafe ge-
stellt werden.

2. Die Aussetzung aller Zwangsverkäufe
und Versteigerungen für ein volles
Jahr, damit allen Eignern Zeit und
Möglichkeit gegeben wird, aus ihrer
in den meisten Fällen nur vorüber-
gehenden Zwangslage herauszukommen.

Wir geben uns der Ueberzeugung hin, daß
Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsi-
dent, diesen Notfällen aus dem Olden-
burger Lande hören und in Erkenntnis Ihrer
Pflicht fremdigen Herzens den Wünschen des
Volkes nachkommen. Sorgen Sie bitte, daß
das Volk nicht jeden Glauben verliert.
gez. Höder. gez. Spangemann.

Also doch Hindenburg-Partei

Goerdeler und Geßler im Hintergrund

Berlin, 21. Sept. Die zahlreichen Ver-
eine und Parteien, die sich zum Zwecke
des Mandatsverwerbs jetzt vor der Wahl
angehen haben, scheinen alle noch nicht die
wahren Siegelbesitzer der Idee des Präsi-
dialkabinetts zu sein. Unterzeichnete Kreise
bestätigen jetzt die

Meldung über die geplante Gründung
einer Hindenburg-Partei.

Damals schrieben wir, daß in der Deutsch-
nationalen Volkspartei außerordentlich
starke Gegenkräfte vorhanden seien, da man
die DVP zu einer Hindenburg-Partei
umformen und Herrn Hugenberg vor die

Tür setzen wolle. Hugenberg hat seine
Palastbau, die finanziell von ihm abhängig
sind, wieder zur Raion gebracht und die
Beteiligung der DVP an diesem Gebilde,
bzw. die Umformung der Partei kommt
nicht in Frage.

Dagegen ist in allerersten Tagen mit
der Gründung der „Hindenburg-Partei“
zu rechnen, die lediglich für diesen
Wahlkampf gegründet werden soll, um
der Politik Hugendorfs eine Stütze
zu werden.

Die Partei will sich, wie wir hören,
darauf beschränken, für die Person Hin-
denburgs und den Gedanken des Prä-

sidentialkabinetts Propaganda zu machen, sie
will aber Angriffe auf andere Parteien und
Gruppen wohl in der Erkenntnis, daß ihre
diese Angriffe selbst schlecht bekommen wür-
den, unterlassen.

Eine führende Rolle in der neuen Hin-
denburg-Partei werden, wie wir ebenfalls
vorausagten, die Herren Goerdeler und
Geßler spielen.

Jetzt versteht man auch, warum der Wahl-
aufruf der Reichsregierung noch nicht er-
schienen ist. Die Firma, die angepriesen
werden soll, muß ja schließlich erst geboren
werden.

Auch eine „national-demokratische“ Partei.

Kiel, 21. Sept. Wie aus Kiel gemeldet
wird, hat sich unter der Führung des Buch-
händlers Robert Brede eine neue Partei
etabliert, die den Namen „National-
demokratische Partei“ tragen wird.
Sie will unter Betonung des „nationalen
Gedankens“ alle republikanisch-demokra-
tischen, an der Privat-Initiative festhal-
tenden aufbauenden u. v. Kräfte sammeln.
Daß sie ebenfalls für Papen eintritt ver-
steht sich am Rande.

Das sind die Anhänger des Herrn Stennes

Ueberfall auf eine Schnitterlagerne

Jehnd, 21. Sept. In der Nacht zum Mit-
woch wurde auf die Schnitterlagerne des Gutes
Dierne ein politischer Ueberfall verübt. Die Ar-
beitsdienstfreiwilligen des Arbeitslagers Dierne,
die politisch der Stennes-Richtung angehören, ha-
ten seit längerer Zeit mit den Schnittern, die An-
hänger der NSDAP, sind, Streitigkeiten. Sie ge-
wollten sich nun in der Nacht mit Karosiel-
haden, Spaten, Senen und sonstigen Feldgeräten,
drangen unter Führung ihres Führers War-
hardt in die Schlässe der Schnitter ein und
überfielen sie in ihren Betten. Es kam zu einer
blutigen Schlässchschlacht, bei der drei Personen schwer
und einige leicht verletzt wurden. Die Untersuchung
ist eingeleitet.

Amerikanisches Spiel auf deutsche Kosten

Zusammenhang mit der mandchurischen
Frage?

London, 21. Sept. Zu dem Besuch des
Senators Reed in London und Paris merkt
der „Washingtoner Korrespondent“ der
„Times“, Reed habe in seiner Unterredung
mit Herriot zwar sehr direkt, jedoch deut-
lich zu verstehen gegeben, daß die Ver-
einigten Staaten eine öffentliche franzö-
sische Stellungnahme gegen die deutsche
Gleichberechtigungsforderung unterstützen
würden, wenn dafür die Franzosen die Hal-
tung Amerikas in den fernöstlichen Fragen
— vor allem der mandchurischen — unter-
stützen. Obwohl Stimmon sich jeglicher
Forderungen über die Mission Reeds ent-
halten habe, so solle er ihm doch, wie man
glaube, die Anweisung gegeben haben, die
englische Regierung der Unterstützung des
Völkerbundes durch Amerika bei allen zu-
künftigen Entscheidungen hinsichtlich der
Mandchurien zu versichern.

Englische Pressevertreterin aus Rußland ausgewiesen

Moskau (über Kowno), 21. September.
Wie amtlich bekanntgegeben wird, hat die Sow-
jetregierung die Moskauer Vertreterin der
Londoner Zeitungen „Daily Express“ und
„Sunday Express“, Althea Chyman, ausgewiesen,
da sie angeblich „systematisch die russischen
Nachrichten verleumdend überliefert“ verur-
teilt habe. Ihr wird besonders zum Vorwurf
gemacht, daß sie über Aufstände, Pogrome und
Religionen für Londoner Blätter geschrieben
und sich grobe Beleidigungen der Roten Armee
habe zuschulden kommen lassen.

Die Reihenfolge der Parteien bei der Reichstagswahl.

Ausführungsbestimmung für Verordnung
über die Instandsetzung von Wohnungen.

Zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn.

Streik gegen Papen

Bracht will Berlin verwalten

Deutschnationale und Kommunisten Arm in Arm Wiederbeginn des preußischen Landtages

Der Abgeordnete Hinfeler (NSDAP.) eröffnet die Rednerliste mit einer

Im übrigen sind natürlich die kommunalistischen und sozialdemokratischen Reden und Anträge mehr als in erster Linie für die Tribune und zur Erfüllung ihrer Presse gedacht. Es liegt daher alles, mehr oder minder beahchtet, so zußig dahin, bis der Abgeordnete (H. H. H.) durch seinen Antrag, ohne Ausnahme die Auflösung des Landtages zu befehlen, unbewußt für Unterhaltung sorgt. Das schreit der Präsident sofort zur Abweisung, und siehe da: Unter demnächst Gelächter des Hauses und ungeheurem Tumult erheben sich Kommunisten und Demokraten!

Herr Weismann kann nicht erscheinen.

erlin verwalten

Beginn der Hemterzusammenlegung in
Rheinland-Westfalen.

In glänzender Rede sagt alsdann

Die nächste Sitzung des Landtages findet am Donnerstag statt.

Allgemeine Ratlosigkeit in Genf

Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz.

Das Büro der Abstrafungskonferenz hat nach der kurzen geheimen Sitzung beschlossen, in gleicher Weise wie der Völkerröndrat in Zukunft seine Sitzungen öffentlich und nur, falls unbedingt notwendig, geheim abzuhalten. Zu Beginn der sich daran anschließenden öffentlichen Sitzung gab Präsident Henderson einen Neuenjähresbericht über die Arbeit der Konferenz seit ihrer Unterbrechung ab.

Sodann gab Henderson ein Schreiben mit dem Titel: „Gedanken über die Zukunft der Menschheit“ bekannt, in dem die Wastauer Al-

Polen will Ratssitz im Völkerbund haben

Auch ein Kämpfer für die Menschenwürde.

Waldenburg, 20. September. In dem Prozeß gegen den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Schulz verurteilte am Dienstagabend das Sondergericht Waldenburg den Angeklagten wegen Körperverletzung in lebensgefährdender Weise und grausamer Art zu vier Jahren Gefängnis. Außerdem wurde die Einziehung der zur Mißhandlung benutzten Gegenstände borgenommen. Das Urteil ist sofort rechtskräftig.

Kleine Politik

Der Reichspräsident von Hindenburg hat die Schutzherrschaft über die „Deutsche Luftsportausstellung“ („Dela“), die in Berlin vom 1. bis 23. Oktober stattfindet, übernommen.

Am Mittwoch wurde in Berlin der 21. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Beamten eröffnet.

Der bisherige Präsident der Reichsbahndirektion Mainz, Vochte, ist als Nachfolger des Reichsbahndirektionspräsidenten Schneider zur Reichsbahndirektion Altona versetzt worden.

Das deutsch-schweizerische Lebzienabkommen, das bis 1. Oktober gültig ist und den Zahlungsverkehr für den gegenseitigen Warenan-
tausch regelt, ist bis zum 31. Dezember verlängert worden.

Nach einer russischen Meldung aus Washington hat die amerikanische Regierung beschlossen, die mandschurische Regierung nicht anzuerkennen.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, ist nach Washington beordert, wahrscheinlich, um über seine Verhandlungen mit Herriot über den amerikanischen Abrüstungs vorschlag zu berichten.

Ratlosigkeit

Genf

gierung sich weigert, in Zukunft Vertreter in die technischen Ausschüsse zu entsenden, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Verabreichungen der Rüstungen gefaßt seien. Das Büro erteilte mit Schweigen dem Präsidenten die Zustimmung zur Verchiebung der Aussprache über den deutschen Notenwechsel.

Wenn Deutschland fehlt...

Genf, 21. September. Das Büro der Abrüstungskonferenz trat am Mittwochnachmittag erneut zu einer Sitzung zusammen, an der zum allgemeinen Erstaunen Herriot wieder nicht teilnahm. Herriot empfing im Laufe des Mittwoch die Vertreter der Frankreich nahe stehenden Staaten und den Partier archischon Gefandten Politis, der von der französischen Gruppe als Präsident der Vollversammlung ausgerufen ist.

Die Bürokrasija verließ der fast leeren Dröhkänen, ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Ratlosigkeit und Teilnahmslosigkeit geltend. Aufmerksamkeit e regte lediglich eine scharfe Erklärung Ritsinows, der den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage deutlich darstellte. Das Büro müßte dem Handlungsfuß sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Abrüstungsüberprüfung auf das von Sowjet-Rußland angeregte Dittel vorschlagen.

Die Versuche, ohne Deutschland die praktischen Abrüstungsarbeiten weiterzuführen, scheinen bereits am ersten Tage gescheitert zu sein. Die Verhandlung rief in allen internationalen Kreisen einen geradezu tödlichen Eindruck hervor.

Schlußversammlung des Gustav-Adolf-Vereins

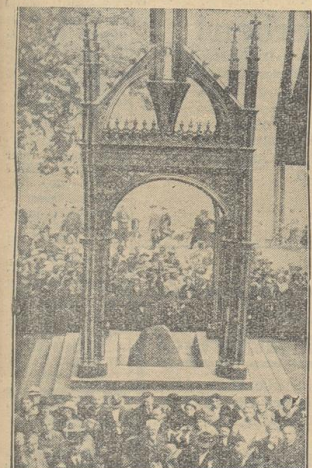
Abstimmung über die „große Liebesgabe“

Wöchentliche Tagung in Künigsberg
 Leipzig, 20. Sept. In der Schlußversammlung am Dienstag erfolgte die Abstimmung über das Jubiläumsgeld. Von dem Ertrage der Jubiläumssammlung „Eine Million in Tausenden“ sind hiernach 180.000 Mark abgesetzt, die in Teilbeträge von 100.000 und zweimal 40.000 Mark zerfallen. Für die „große Liebesgabe“ (100.000 Mark) lagen drei Vorschläge des Zentralvorstandes vor: die Heranbildung kirchlicher Führer in Polen, die Diapora-Arbeit der Kaiserwerther Diakonissen und der Deutsche Kirchenbau in Äthien. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit für die Heranbildung kirchlicher Führer und Helfer in Polen. Die beiden „Trostgaben“ im Betrage von je 40.000 Mark fallen der Deutsch-evangelischen Gemeinde in Äthien für die Vollendung ihres Kirchenbaues und der Diakonissen-Anstalt Kaiserwerth für ihre weiterzweigende Diapora-Arbeit im In- und Auslande zu. Als Ort der nächsten Tagung des Gustav-Adolf-Vereins wurde Königsberg bestimmt. Mit dem Beginn des letzten Jahres des Liebes „Nun danket alle Gott“ fand die Jahreshundertsfeier des Gustav-Adolf-Vereins ihren Abschluß.

Sodann begaben sich die Teilnehmer der Gustav-Adolf-Tagung nach Lützen, wo am Gustav-Adolf-Stein auf dem Schlachtfeld eine eindrucksvolle Gedächtnisfeier stattfand.

Professor Heilmann, der Vorsitzende des Lützener Hauptvereins, wies auf die tiefe Symbolik hin, die durch jene, daß der Schweden Gustav Adolf auf der Heimreise nach Schweden eine Nacht hindurch auf Lützener Grab in der Wittenberger Schlachtfeld ruhte habe. Überdies hat D. Adolphs Tod die Schweden den Tag des Schlachtentodes des Schwedenkönigs, das dankbare Gedenken Finnlands übertrug die finnische Bischof D. Gummerus-Kammerfors.

Zum Schluß der Feier, die von Gesängen des Leipziger Universitäts-Kirchenchores umrahmt war, legte Geheimrat Dr. D. Renckhoff im Namen des Gustav-Adolf-Vereins einen mit den schwedischen Farben geschmückten Lorbeerkranz am Denkmal nieder.



Gustav-Adolf-Gedenkfeier in Lützen.
Der Feiertag am Schwedenstein.

Mildes Urteil für eine Bestie

Eberswalde, 21. Sept. Vor dem Eberswalder Schöffengericht hatte sich die Ehefrau Ida Wärmers wegen Kindesmißhandlung zu verantworten. Sie hatte ihrem ein- und zweijährigen Kinde, um die Unterhaltungskosten weiter zu erlangen, dem Oberkörpern geklopft. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, die jedoch vom Gericht selbst an sich als viel zu milde bezeichnet wurde.

v. Gronau verläßt Japan.

Tokio, 21. Sept. Der deutsche Botschafter v. Gronau traf am Mittwoch nachmittag von Nagoya (Insel Honshu) kommend in Nagashima ein. v. Gronau wird von hier aus am Donnerstag morgen Japan verlassen und nach Schanghai weiterziehen.

Nach 23jähriger Festsitzung ist selbst entleert.

London, 21. Sept. In Rochdale wurde John Ellis, der 23 Jahre lang der Festsitzung in England war, tot aufgefunden. Er hat sich in einem Anfall von Schizophrenie mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Ellis zog sich im Jahre 1924 von seinem Festsitz zurück. Er hatte früher schon einmal einen Selbstmordversuch unternommen.

Refordfahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 21. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwochabend von seiner Fahrt nach Südamerika zurückgekehrt und um 9.30 Uhr glatt gelandet. Das Luftschiff hat diesmal eine Refordfahrt hinter sich; die Strecke Bernambuco-Friedrichshafen wurde in 67½ Stunden zurückgelegt.

Familiendrama im Hause eines Oberregierungsrats

München, 21. Sept. In der Villenkolonie Gauting unweit von München spielte sich ein furchtbares Familiendrama ab. Der frühere Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Juchel tödete sich im Herrenhaus seines prächtigen in einem großen Park gelegenen Anwesens durch einen Schuß in den Kopf. Seine 23jährige Schwiegermutter, die Rentnerin Sophie Juchel, seine 65jährige Schwägerin, die Rentnerin und Fabrikbesitzerin Frau, und deren 42jährige Tochter wurden in der mit Gas gefüllten Küche tot aufgefunden. Ein Bekannter des Oberregierungsrats Juchel hatte die briefliche Aufforderung erhalten, zu einer Besprechung nach Gauting zu kommen und fand, als er mit dem schon seit 36 Jahren bei der Familie Juchel angestellten Hausverwalter das Herrenhaus betrat, die vier Personen enseit auf. Der Tod ist offensichtlich im gegenseitigen Einvernehmen herbeigeführt worden. Als Grund wird drohender Verlust des einstigen Millionenvermögens der Familie angenommen.

Japanisches Marineflugzeug abgeflüst

Tokio, 21. Sept. Ein japanisches Marineflugzeug ist in Soloabo mit vier Insassen abgeflusst. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt. Sämtliche vier Insassen kamen ums Leben.

2500 Todesopfer der Cholera in Nordchina

Schanghai, 21. Sept. In dem nordchinesischen Bezirk Huanghi hat sich die Cholera mit großer Schnelligkeit ausgebreitet und bereits über 100 Dörfer aufgefressen. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf etwa 2500.

Flugzeug durch Sandsturm vernichtet

Bagdad, 21. Sept. In Bagdad eingelaufenen Nachrichten zufolge ist das französische Fernverkehrsflugzeug, das sich auf dem Wege nach Goudschina befand, in der Wüste etwa 135 Kilometer südlich von Bagdad in einen Sandsturm geraten und wurde zerstört. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Hitzschlag in China — Neber 40 Grad im Schatten

Schanghai, 21. Sept. Bei einer chinesischen Truppenparade in Nantau brach 14 Soldaten infolge der unheimlichen Hitze plötzlich tot zusammen. Sie mußten bei einem Luftdruck von 135 mm in einer Hitze von über 40 Grad im Schatten aufstehen, so daß einer nach dem anderen zu Boden stürzte.

Ein halbes Dorf niedergebrannt

Polen, 21. Sept. Im Dorf Porzende im Kreis Krotoschin brach am Dienstag ein riesiger Brand aus, der das halbe Dorf in Asche legte.

Das Feuer war in einer Scheune ausgebrochen. Der starke Wind trug die brennenden Garben auf die benachbarten Häuser, die größtenteils mit Stroh gedeckt waren und in kurzer Zeit in Flammen standen. Es brannten 21 Gebäude mit allen landwirtschaftlichen Maschinen und Erntevorräten ab. Auch zahlreiches Vieh fiel dem Feuer zum Opfer. Die Zahl der Geschädigten beläuft sich auf 111.

Fallschirmabprgung-Weltrekord

Kiel, 20. Sept. Die deutsche Fallschirmfliegerin Frau Lola Schröder-Geminn hat am Dienstag in Kiel den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabprgung weit überboten. Mit einem Wasserflugzeug ließ sie sich in eine Höhe von 7300 Meter bringen und sprang dann weithin von Kiel ab. Die Fallschirmzeit betrug 28 Minuten, die unter dem Fallschirm zurückgelegte Strecke 45 Kilometer. Die Landung erfolgte in Hohenberg, 22 Kilometer von Kiel entfernt.

Frau Schröder hat damit den bisherigen Weltrekord der Rumänin Brasca von 6000 Metern gedrückt. Der deutsche Fallschirmhöhenrekord wurde bisher von Georg Reich-Würzburg mit 5100 Metern gehalten.

Amerikanisches Doppelspiel

New York, 20. Sept. Entgegen den ersten Washingtoner Meldungen, daß der Streit um die deutsche Gleichberechtigungsforderung von Amerika als europäische Angelegenheit angesehen werde und daß die amerikanische Regierung eine Einmischung ablehne, berichten neue amerikanische Telegramme aus Paris, daß eine weitgehende Übereinstimmung in den Besprechungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Gerriot einerseits, dem amerikanischen Botschafter in Paris, Clegg, und dem bekannten Senator Reed auf der anderen Seite gefunden worden sei. Diese Meldung steht im krassen Gegensatz zu den Verlautbarungen aus der Umgebung Hoovers, die anscheinend angesichts der Novemberwahlen eine Doppelrolle spielen.

Dem eigenen Volke wird erklärt, daß eine Einmischung in die europäischen Angelegenheiten nicht stattfindet, während die Regierung gleichzeitig in Europa aufzuerst tätig ist. Anscheinend will die Hoover-Regierung einen Abrüstungserfolg erzwingen, um damit bei den Novemberwahlen aufwarten zu können und um so später dem eigenen Volke gegenüber die unvermeidliche Verabschiedung der Kriegsschulden begründen zu können.

Und eine Erklärung Hoovers

Washington, 20. Sept. Präsident Hoover gab unerwartet eine Erklärung ab, in der er unter Bezugnahme auf Pariser Pressemeldungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung zunächst feststellt, daß die Stellung der amerikanischen Regierung zu dieser Frage klar sei. „Die einzige Frage, an der die Vereinigten Staaten interessiert sind, ist die schrittweise Herabsetzung der Zölle in der ganzen Welt. Wir sind daran interessiert, daß Deutschland weiterhin an der Abrüstungskonferenz teilnimmt, die nunmehr für die ganze Welt so erfolgversprechend aussieht.“

Zunehmender Boykott japanisch. Waren in China

Tokio, 20. September. Die japanische Montagspresse bringt lange Ausführungen über den Boykott japanischer Waren in China. Nach Nachrichten der „Nishi Nishi“ soll diese Bewegung in ganz China um sich greifen und mit unheimlicher Schnelligkeit sich entwickeln. Infolge dieser Bewegung soll die japanische Ausfuhr nach China von Monat zu Monat zurückgehen und ihre völlige Einstellung zu erwarten sein. Die „Nishi Mainichi“ schreibt, daß die chinesischen Geschäfte in Nantau und anderen Städten, die früher japanische Waren in großen Mengen bezogen, die Beträge mit den japanischen Lieferanten aufgelegt und die Annahme weiterer Waren verweigert hätten. Die japanischen Händler fordern die Regierung auf, entsprechende Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Bewegung in China zu ergreifen.

So wird im Sowjetparadies gearbeitet.

Moskau (über Kowno), 20. Sept. Der Leiter des Baues der Untergrundbahn, Nikolajew, erklärte der Presse, daß bis jetzt 5 v. H. des gesamten Bauplanes der Unter-



Professor Max Sievogt †

grundbahn ausgeführt sind, wofür 60 v. H. der für den Bau vorgesehenen Summe aus gegeben wurden. Diese Mißwirtschaft sei auf die schlechte Ausführung der Aufträge für die U-Bahn zurückzuführen und auf schlechte disziplinäre Arbeit der Arbeiterschaft. Die Erklärung hat in Moskau große

Rücktritt der ungarischen Regierung

Budapest, 21. September. Das Kabinett Graf Julius Karolyi ist zurückgetreten. Der Reichsverweser hat das Ministertreue angeordnet und Graf Julius Karolyi mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Der Entschluß des Kabinetts wurde dem Reichsverweser Karolyi am Mittwochmittag mitgeteilt. Der Ministerpräsident gab dem Reichsverweser einen Überblick über die innerpolitische und wirtschaftspolitische Lage des Landes und wies darauf hin, daß der Ministertreue des Kabinetts gefolgt worden sei, um die Vorbereitung für die Entwörung der schwebenden Lage zu schaffen.

Religiöser Mißbrauch als politisches Machtmittel

Gandhi treibt weiter!

Bombay, 21. Sept. Gandhi, der Dienstag tag seinen Hungerstreik begonnen hatte, erklärte am Abend, daß er sich noch nicht so wohl gefühlt habe. Er werde nur noch von Wasser leben, das eine außerordentliche Kraft habe, das Leben zu verlängern. Er wolle eine übermenschliche Anstrengung machen, solange am Leben zu bleiben, bis das Gewissen der englischen Regierung und der Hindus erschüttert sei. „Tränen“, so sagte Gandhi, „werden nach wenigen Tagen zwecklos sein, da der Wunsch nach Abnahme verschwinden wird und ich anfangen werde, mich in Gedanken zu versenken. Alles Interesse an äußeren Dingen wird verschwinden und ich werde eins mit dem Ursprung der Dinge werden.“ Das Verabredungs-Gefängnis, in dem Gandhi seinen Hungerstreik begonnen hat, während des ganzen Dienstags von Hunderten von Hindus belagert, die für ihren Führer beteten. In Bombay, Pune und anderen Großstädten wurden Trauerfreizeiten veranstaltet. Die meisten Geschäfte und Schulen sowie die Bienen und Baumwollmüllereien waren geschlossen. In Simla fand eine Massenversammlung von Parias statt, die ein getrenntes Wahlrecht für die unterdrückten Klassen verlangten, was genau das Gegenteil von der Forderung Gandhis ist. Zwei der Führer der Parias verurteilten, daß sie am Mittwoch ebenfalls einen Hungerstreik beginnen müßten, bis die Forderung nach getrenntem Wahlrecht erfüllt werde.

Zugewiesen hat die Bombayer Konferenz zwischen Kasten Hindus und Parias gute Fortschritte gemacht. Angeblieh soll bereits eine Einigung zuhandgekommen sein, durch die Gandhi das Aufgeben seines Hungerstreiks möglich gemacht würde.

Versammlung

Am Freitag, den 23. September 1932, spricht im

Konzertgarten Huckelriede

Ludw. Müller-Bremerhaven über: Papen für die Großindustrie, Hitler für das Volk!

Anfang 20.30 Uhr, Eintritt Rm. 0.30, Erwerbslose Rm. 0.10

NSDAP., Ortsgr. Bremen-Buntentor

Meine Damen!

Gesunde Körperstellung erreichen Sie im Trotteurabsatz
Viele entzückende Modelle, in unseren bekannt guten
Qualitäten, warten auf Ihren Besuch. —
Diese Preise sind auch für Sie erschwinglich.



12 50 8 90

6 50

Schuhhaus **Wachendorf**

Ostertorsteinweg 49, beim Schauspielhaus
Filiale: Obernstraße 22-24

Sonderkurse

Beginn Anfang Oktober

Englisch

Spanisch

Französisch

halbjährlich 36.— RM.

jährlich 60.— RM.

monatlich zahlbar

von nationalen Lehrkräften

Berlitz-Schule

Hufilterstr. 1-5 — Domsh. 24519

Blumenhaus Stollenberg

In der Runken 17 Domsh. 20805

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 Sohn Albert Bollmann und Frau, Käthe geb. Dieffenberg.

Verlobte: Dora Hunt mit Hans Maeller. — Friede Hoffmann mit Siegfried Meyer, Wilhelmshavenstr. 31.
Verheiratete: Paul Auf der Heide, Oberin und Adjutant L3-8, Nr. 16, und Frau, Margarete geb. Janzen.

Verstorbene: Diet. Dietmann, 62 Jahre, Dorumstr. 17. — Marie Rodenberg, 78 Jahre, Humboldtstr. 32. — Otto Thura, 56 Jahre, An der Weide 28. — Christian Blome, 73 Jahre, Schiffstr. 52. — Alexander Reman, 33 Jahre, Eßtrup. — Carl Tormann, 46 Jahre, Dietrichstr. 8.

Gerichtl. Bekanntmachungen

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Paul Koffel & Cie., Beton- & Eisenbetonbau-Unternehmung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf

Dienstag, den 4. Oktober 1932, vormittags 9 Uhr,

im Gerichtssaal hierseits, 1. Obergeschoss, Zimmer Nr. 84, anberaumt.

19. 9. 1932.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

In Sachen betreffend den Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Dietrich Krumm ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung der Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Vergleichsfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und zur Festlegung von Honorar und Ansalgen des Verwalters und der Gläubigerentschuldungsmittel auf den

18. Oktober 1932, vormittags 10 1/2 Uhr,

vor dem Amtsgericht im Gerichtssaal hierseits, 1. Obergeschoss, Zimmer 84, anberaumt.

16. 9. 1932.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Schauspielhaus

Heute, 8 Uhr, Ende 10.45 Uhr.

3. Sonder-Abon. „Donnerstag“

Das außerordentliche Ereignis

Atlantikflug

Schauspiel von Nordahl Grieg

Freitag, Serie G/3

Atlantikflug

Sonabend, **Atlantikflug**

Sonntag, 4 Uhr, Kleine Preise

ROULETTE

Lustspiel von Ladislaus Fodor

GA. = Werbe = Abend

des Sturms 12/75 ehem. 2/75

Heute, 20³⁰ Uhr, im Casino

Konzert, Riesentombola, Preisschießen

Eintritt: 50 A, für Erwerbslose 20 A

Unerreicht
in Ausführung
und Haltbarkeit



Herren-Sohlen m. 2.50

Damen-Sohlen m. 1.70

Schuh-Bo

„Der Stürmer“

Das deutsche antisemitische Wochenblatt

beginnt in Nummer 38 mit der Veröffentlichung über den

Mädchenmordprozess von Paderborn

den Rari Holz als Sonderbeigeführter beigegeben hat.

Der vielen Mädchenmordprozess in der Darstellung des „Stürmer“ kennen lernen, den es das „wunderbare Geheimnis“ sein Geheimnis mehr. Der weiß aber auch, warum der Paderborner Mord so bekannt geworden ist, daß die Veröffentlichungen in „Stürmer“ der großen Welt verheimlicht werden. Man verlange den „Stürmer“ bei den Zeitungshändlern oder lese ihn bei überreichen durch den Verlag. Einzelnummern (außerhalb des Preises) 20 Pfennig. Auf Masseneinsendungen wird gehobelter Rabatt gewährt.

Verlag des Stürmer - Nürnberg, Meißnerstr. 70

Stadttheater

Heute

Donnerstag, 20. Uhr,

23. Abonnements-Vorstellung

Zweites Gastspiel

Einatba Kijischina

Mignon

Philine.....

Einatba Kijischina a. G.

Freitag, 20. Uhr, 24. Ab-3.

Fidelio

Sonabend, 20. Uhr,

25. Abonnements-Vorstellung,

Erkennung:

Der lustige Krieg

Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß

Versäumen Sie nicht, jetzt noch

ein Abonnement zu bestellen!

Einladung zum Sprechabend

der Nationalsozialistischen Beamten-Arbeitsgemeinschaft, am Donnerstag, den 22. Sept. 1932, 20 Uhr in der Kaiserhalle, Neustadt

Es sprechen:

Pg. Prof. Dr. Kötterich, Osnabrück

über:

„Der Beamte und sein Volkstum“

Pg. Seeger-Jahp. Sanßen über:

„Die Gehaltskürzungsmaßnahmen der Oldenburger Regier.“

Nach jedem Punkt der Tagesordnung findet eine kurze Aussprache statt. Gäste mit ihren Frauen, Parteigenossen, sowie mit uns sympathisierenden, sind eingeladen. Unkostenbeitrag 30 A

Die Beamtenschaft der N. S. D. A. P. (Bez. Bremen)

Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate

neu und gebraucht, billig

Carl H. Grothe

Ansgaritorstraße 17

Saheräder

Nähmaschinen, Reparatur.

D. B. Grunitz

U. d. Steintor 36

Philharmonische Gesellschaft, Bremen

Leitung: Generalmusikdirektor Prof. Ernst Wendel

Einladung zum Abonnement

9 Philharmonischen Konzerten

in zwei Serien und zwar 9 Montagskonzerte und 9 Dienstagskonzerte im großen Saale der Glocke unter Leitung von Generalmusikdirektor Prof. Ernst Wendel, Solisten Prof. Georg Huberman, Violine, O. Abonnementkarten zu 36.—, 21.—, 20.20 und 15.30, pro Serie zusätzlich 2 A 1.30 Garderobe pro Serie.

Vier Kammermusik-Abende

im kleinen Saale der Glocke
1. Wendling-Quartett, 2. Holisch-Quartett, 3. Klingler-Quartett, 4. Busch-Quartett.
Abonnementkarten 16.— und 12.— zuz. 2 A 1.20 Garderobe, sowie genaue Programme bei
Praeger & Meier, Bischofsnadel 1

N.S.-Frauenshaft Ortsgruppe Schwachhausen

Heute, Donnerstag, 22. September, 20.30 Uhr, spricht

Pg. v. Hagel in Café Buchner

über das Thema:

„Die deutsche Frau im Wirtschaftslieben“

Erscheinen ist Pflicht! Ortsgruppenleiterin

Jeder kann werben!

Ob Sie Schneiderin sind oder Tischlermeister, ob Sie ein eigenes Geschäft haben oder in der Wohnung arbeiten, — Sie müssen den Leuten sagen, was Sie können. Dann werden Sie mehr zu tun haben und mehr verdienen. Wie war's mit einer kleinen Anzeige in der BNZ, als Versuch?

Öffentlicher Sprechabend

in der Kaiserhalle, Große Allee am Freitag, den 23. Sept. 1932 abends 20.30 Uhr

Es spricht:

Pg. HEIDER M. d. B. über:

„Ist Papens Wirtschaftsprogramm durchführbar?“

Eintritt frei

Ortsgruppe Neustadt.

Unterstützt das Handwerk!

Auto-Reparatur
je gl. Art
Auto-Bereifung
Reelle Bedienung
WILH. ELSASSER
V. d. Steintor 34

Pg. hat Ihr Malerarbeiten zu vergeben, so wendet Euch an

Pg. **EICHHOLZ**

Oderstraße 95

Beschäftigte nur SA. in Referenzen.

Franz Maps

Auto, Trecker, Schwerölmotoren usw., Auto-Licht und Zündung.

Akku-Reparatur und -Ladestation

Zubehör, Bereifung, Tankstellen

Hemmstr. 18-20 Weser 82515

Polstermöbel und Dekorationen in prima Ausführung fertigt an, auch Aufarbeiten und Modernisieren derselben
Aufarbeiten von Ledermöbeln
S. AURIN
Berlinerstraße 20

Heinr. Schneider

Stadt-, Fern- und Möbeltransporte

Einschleppen von Fahrzeugen

Hemmstr. 18/20 Weser 82515

Handwerk in Not!

Aus Bremen Stadt und Staat

An alle Sozialrentner und -Versicherte

Es sind in den letzten Monaten Tausende von Geheuren bei der Reichstagsfraktion eingegangen, meist Begehren über Abzüge an der Invaliden-, Unfallrente usw. Sonderbehandlung jedes einzelnen Falles war nicht möglich, da die unübersichtlichen Abzüge an den Renten auf die Notverordnungen, namentlich auf die des Herrn von Papen zurückzuführen waren, demnach gesetzliche Gültigkeit hatten. Die Wiederbegründung des an den Invaliden, Kriegsbeschädigten, Arbeitslosen, Unfallrentnern und Volkshilfsunterstützungsempfängern begangenen Unrechts könnte nur erfolgen durch Aufhebung der Notverordnung. Dazu ist laut Verfügung der Reichsregierung die Beteiligung der Reichstagsfraktion erforderlich. Die Ausübung dieses Rechts der Notverordnung wurde aber vom Reichspräsidenten und seinem Kabinet durch Papen durch Auflösung des Reichstags verhindert. Trotzdem hat der Reichstag mit einer ungeheuren Mehrheit in namentlicher Abstimmung fundiert, daß er für Aufhebung dieser Hungerentwertung ist, was die Reichsregierung als nicht gültig erklärte. Damit ist es der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion unmöglich geworden, den berechtigten Reichrentnern der Sozialrenten Geltung zu verschaffen. Die Fraktion bittet daher alle die Geschädigten, sich namentlich an den Herrn Reichspräsidenten selbst zu wenden, weist aber auch zugleich darauf hin, daß das Kabinet des Herrschens wohl kaum ein Verständnis für die Rentner wird aufbringen können, da es zur Zeit sich in erster Linie mit den Sorgen für Konjunktur und Wohlstand befaßt.

gez. Wilhelm Dreher,
Obmann der Soz.-Pol. Abteilung der Reichstagsfraktion.

Achtung Beamte!

Heute:
Sprechabend der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft.

Es sprechen: Dr. Prof. Dr. Kötteritz, Oberbürgermeister von Bremen und sein Volkstum. Rg. Deleg.-Inspektor Janßen über: Die Gehaltskürzungsmaßnahmen der Eberharder Regierung. Anschließend Ansprache. Gäste mit ihren Frauen, Parteigenossen, sowie mit uns Sympathisierenden, sind eingeladen. Die Sammlungsliste: Kaiserhalle Neustadt, 20 Uhr.
Die Beamtenteilung der NSDAP (Bezirk Bremen).

Lahusen-Prozess Mitte oder Ende Oktober

Nachdem das Hauptverfahren gegen die Brüder Lahusen, wie berichtet, eröffnet ist, dürfte alsbald mit der Terminfestlegung für diesen wohl größten Handelsstrafprozeß, der jemals in Deutschland geführt wurde, zu rechnen sein. Man darf annehmen, daß der Prozeß etwa Mitte oder Ende Oktober beginnen und voraussichtlich einige Wochen dauern wird.

10 Jahre Theater für die tätige Jugend

Vom Schauspielhaus wird uns geschrieben: Von einer Kulturarbeit, die ganz im Stillen vollzogen wurde, hat die bremische Öffentlichkeit bisher wenig oder gar nichts vernommen. zehn Jahre lang haben sich alljährlich die Direktoren, Lehrer und Schüler der gesamten Berufsschulen Bremens und Umgebung (Delmenhorst, Rotenburg, Verden, Vegesack, Lüneburg) zusammengeschlossen, um gemeinsam mit dem Schauspielhaus in erster und verantwortungsbewußter Arbeit das Ziel zu erreichen, den jugendlichen Besuchern der Berufsschulen nicht nur eine gründliche Schul- und Fachkenntnis des gewählten Berufes zu vermitteln, sondern sie auch in das Reich der geistig-kulturellen Bildung mit ins Leben zu geben. Direktoren, Lehrer und Schüler waren sich bei der Erreichung dieses hohen Ziels von vornherein einig, alles Tüchtige — sei es politischer oder konfessioneller Natur — beiseite zu lassen, lediglich das allgemeine und allen gemeinsamen Nationalbewußtsein sollte der Weg sein, der die jungen werdenden Menschen in das Reich deutscher Kunst und deutschen Geistes führt. Um der Öffentlichkeit einmal ein Bild von der geleisteten Kulturarbeit zu geben und um gleichzeitig Nachdenken abzulösen von dem Gemeinschaftstreben der tätigen Jugend Bremens mit dem Schauspielhaus, sei einmal der Spielplan und das Programm dieser vergangenen zehn Jahre veröffentlicht:

Schiller: „Turandot“, „Wallenstein“, „König und Döner“, „Wilhelm Tell“, „Die Räuber“, „Don Carlos“, Goethe: „Faust“, „Torquato Tasso“, „Iphigenie“, „Egmont“, „Dresdener Nacht“, „Wie es euch gefällt“, Lessing: „Minna v. Barnhelm“,

Um 700000 RM. Verminderung der Einkommen

Die bremische Beamtenorganisation zum Gehaltsabbau

Von den örtlichen Spitzenorganisationen der bremischen Beamtenschaft und dem Bremischen Verband der Berufsbeamten gehen uns längere Erklärungen zu, die sich mit der letzten von der Finanzkommission des Senats erlassenen Verfügung bezüglich der Gehaltsabzählungen beschäftigen und die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme beleuchten.

Die Spitzenorganisation schreibt u. a.: Die bremischen Beamten und Staatsangestellten erhalten seit Oktober v. J. ihr Gehalt in drei Raten am 1., 10. und 20. jeden Monats ausbezahlt. Diese Raten sollen jetzt so gestrichen werden, daß in 2½ Monaten eine Rate wegfällt, was einer Kürzung um 1/3 eines Monatsgehaltes gleichkommt. Mag die getroffene Regelung eine Staatsnotwendigkeit sein, sie wird nicht nur die Beamten und Staatsangestellten unmittelbar treffen, sondern mittelbar auch für einen großen Teil des bremischen Wirtschaftslebens von einschneidender Wirkung sein. Handelt es sich doch um nicht mehr und weniger als eine Verminderung der Einkommen um über 700000 RM. innerhalb von 2½ Monaten. Diese Summe wäre sonst wohl reiflos der bremischen Wirtschaft in Form von Aufkäufen von Gegenständen des täglichen Bedarfs oder in Aufträgen für die Gewerbetreibenden zugeflossen.

Es ist zu wünschen, daß die Öffentlichkeit durch die Pressestelle des Senats über die bezüglich der Beamten und Staatsangestellten vom Senat getroffenen Maßnahmen in einer Weise unterrichtet wird, daß auch die Allgemeinheit erkennen kann, warum es geht. Eine solche Erkenntnis würde der Einstellung der Bevölkerung zur Beamten- und Angestelltenkategorie nur dienlich sein können.

Die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft haben dies auch in einer Eingabe an den Senat zum Ausdruck gebracht. Ferner ist die Bitte ausgesprochen, Maßnahmen zu treffen, die eine Zahlung aller Gehälter, wie Steuern, Mieten, Gebühren und Zinsen

Bekämpfung der Schwarzarbeit. Um den Klagen über das Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit im Handwerk und Kleingewerbe abzuwehren, haben kürzlich auf Anregung der Gewerbebetriebe unter dem Vorsitz der Gewerbekommission des Senats Besprechungen zwischen Vertretern sämtlicher an der Bekämpfung der Schwarzarbeit interessierten Behörden und Organisationen stattgefunden. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß zwischen den in Betracht kommenden Stellen eine besondere Form der Zusammenarbeit vereinbart worden ist, die eine energiegelbere und wirksamere Bekämpfung der Schwarzarbeit ermöglicht.

in der Weise ermöglichen, wie die Gehaltsabzählungen vom Staat erfolgen. Zur Milderung der durch die Neuordnung geschaffenen Notlage der Beamten und Angestellten ist beantragt worden, die vorgezeichnete Einbeziehung eines Gehaltsbetrags auf die Zeit bis zum Schluß des Rechnungsjahres zu erstrecken und die Zahlung der Angestelltengehälter, soweit diese nachträglich erfolgt, vorzuziehen. Nachdem die nachträgliche Monatszahlung für die Angestellten in der freien Wirtschaft aufgehoben ist, darf erwartet werden, daß der Senat nichts unversucht läßt, um auch die Angestellten des Staates zum Schluß des Monats wieder in den Genuß ihrer Bezüge gelangen zu lassen.

Die Stellungnahme des bremischen Verbandes der Berufsbeamten

Gegen die Neuordnung der Gehaltsabzählungen hat der bremische Verband der Berufsbeamten bereits vor einiger Zeit an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der er eindringlich auf die schweren Schädigungen hinweist, welche dieses sogenannte Rollsystem sowohl für die Beamten, wie für die Wirtschaft hervorgerufen wird. Der Verband ist der Überzeugung, daß das Berufsbeamtentum dadurch abermals Erwägungen und Maßnahmen unterworfen wird, die je länger desto mehr die Grundlagen des deutschen Berufsbeamtentums und damit dieses selbst zerstören müssen. Er bittet daher den Senat, wenn durchaus in Rücksicht auf die finanzielle Lage des Bremer Senats ein abermaliger Mißgriff auf die Beamten nicht zu vermeiden ist, die Durchführung so zu gestalten, daß der monatliche Ausfall erträglich ist, und daß dabei vor allem auf die Beamtengruppen Rücksicht genommen wird, die schon bisher kaum das Existenzminimum hatten. Es sollte dabei aber möglich sein, die hier gewählte Form durch eine andere, das Berufsbeamtentum nicht gefährdende zu ersetzen.

Tödlicher Unfall

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich in einem Geschäftshaus der inneren Stadt. 3 Knaben benutzten spielend einen Paternosteraufzug. Als dieser sich im 4. Stock befand, und noch in Bewegung war, verfuhrte der eine Knabe aus der in dreieckiger Höhe stehenden Kabine herauszuklettern. Hierbei wurde er zwischen der Kabine und der Mauer eingeklemmt und schwer verletzt. In der Krankenanstalt ist er seinen Verletzungen erlegen.

Bermittelt wird seit dem 17. September die am 3. 4. 1912 in Bremen geborene Arbeiterin Marie Schumacher. Die Vermittlung ist 160 m groß und

trägt dunkelblonden Haubtopf. Sie war bekleidet mit braunem Tügerod, roter Bluse, schwarzem Jackett, rotbrauner Westenmütze und schwarzen Lederschuh. Angaben zur Ermittlung der Vermittlung werden im Polizeihause, Zimmer 333, und an allen Polizeiwachen entgegengenommen. — Als geklohten wurden 8 Fahrräder gemeldet.

2 Jahre Gefängnis für Amtsunterschlagung

Seit dem 12. d. Mts. wurde gegen den Leiter der Geschäftsstelle Woppschwe der Amtsparafasse in Osterholz-Scharmbeck, Karl Blumenhagen, der der Urkundenfälschung und Amtsunterschlagung bezichtigt wurde, vor der großen Ferienkammer in Verden verhandelt. Gestern wurde das Urteil gefällt. Es lautet auf zwei Jahre Gefängnis und weitere Erkenntnisse. (Wie werden morgen über den Verlauf des Prozesses eingehend berichten.)

Angestelltenstreik beim BKWV?

Vom Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband wird uns geschrieben: In einer sehr hart befehlenden Versammlung der Angehörigen der Zentrale des Bremer Konjunktur- und Wirtschaftsbereichs nahm der Geschäftsführer Nielson vom DGB Stellung zu dem ersten Konflikt zwischen der Geschäftsleitung und den Angestellten. Die Angestellten des BKWV haben bereits Anfang des Jahres freiwillig einen Prozentigen Gehaltsabbau auf sich genommen und auch sonst durch Leistung von Überstunden z. B. häufig genug ihrer Verbundenheit mit dem Betriebe Ausdruck verliehen. Jetzt verlangt die Direktion einen weiteren Prozentigen Gehaltsabbau von den, durch Steuern bereits so beunruhigten befristeten Gehältern. Die Versammlung beauftragt einstimmig den DGB und den BDA, den Fall, daß die Geschäftsleitung des BKWV durch Kürzungen und Maßregelungen die Angestellten zu einem Gehaltsabbau zwingen will, die höchsten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen durchzuführen. Die Angestellten erwarten, nachdem sie häufig genug bemerkt haben, daß sie zu einem Opfer für die Firma bereit waren, daß jetzt endlich der Druck auf die Geschäftsleitung ausreicht und der DGB, das befragt, die Kaufkraft der Angestellten zu erhalten, von der doch schließlich auch der DGB leidet.

Zehn-Tage-Booche in der Bremer Volkammer

Größere Volkzufuhren legten die Direktion der Bremer Volkammer in Lüneburg in den Stand, von der 3-Tage-Booche wieder zur 5-Tage-Booche überzugehen und damit den Beschäftigten 40 Arbeitsstunden zu ermöglichen. Ueber die Auswirkungen der Notverordnung über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten läßt sich im Augenblick noch nichts sagen, denn obwohl Annahme dafür besteht, daß die Beschäftigungsgrad im bevorstehenden Winter weiter günstig sein wird, muß doch erst die Abwicklung der Lönborner Volkamtionen abgewartet werden, bevor nach dieser Richtung hin dem Wirtschaftslieben der Industrieleibt neue Impulse gegeben werden können. Allein schon die Umstellung auf die 40-Stunden-Booche dürfte sich bei einer Belegschaft von rund 3000 merktbar auswirken.

Ein Blick in die graue Vorzeit

Die zweite Vortragsfolge für den 4. Lehrgang über Vorkriegszeiten, am vergangenen Freitag, war so gut besucht, daß der kleine Saal der Grüngasse der Höher kaum zu fassen vermochte, ein deredtes Zeiden für das Interesse, welches diesem Lehrgang entgegengebracht wird; und in der Tat sind diese Vorträge so vollständig gehalten und so frei vom Gelehrtenzeits, daß auch ein jeder nicht humanistisch gebildete Volksgenosse leicht folgen konnte. Eingangs stellte der Vortragende, Hr. Dr. von Hoff, einen Fehler im Bericht über den ersten Vortrag fest, indem der Berichterstatter für die „nordische“ Waise den Ausdruck „arische“ Waise setzte, und da der Unterschied grundlegend für die neuesten Forschungen ist, sei das Berichten hiermit richtig gestellt. Nach kurzer Ju-

haltswiederholung des ersten Vortrags ging Dr. von Hoff über zur Beschreibung der verschiedenen Klassen der Steinzeit und deren im heutigen deutschen Volke noch befindlichen Blutanteil, wobei festgestellt ist, daß in unserer Volksart zehn jahrauslängender Völkeranvermischung der Anteil der nordischen Waise heute noch etwa 50 Prozent beträgt.

Im Hand übergeender Waise (große Mischelanteile an den heutigen Norddeutschen u. a. m.) wurde dargelegt, daß unsere Vorfahren der Steinzeit nicht, wie gern behauptet wird, Nomaden, sondern sesshafte Leute gewesen sind, die auch in der Herstellung von Keramik, Waffen und Werkzeugen ganz Erstaunliches geleistet haben. Besonders die jüngere Steinzeit (etwa um 3000 vor Christi Zeit) weist bereits eine auch für unsern vernehmten Zeitalter beachtliche Kulturstufe auf. So z. B. benutzten unsere Vorfahren bereits vor 5000 Jahren den Nadelstich, während sich noch heute manche europäische (und die meisten orientalischen) Kulturnation des ruderlosen Fluges bedient. Fast steht, daß die nordische Waise als einzige die Einde hatte.

Das Kopenhagener Museum hat Schätze aufzuweisen, welche Kunde geben von einer erstaunlichen hohen Kultur der nordischen Waise der grauen Vorzeit, wie ein vierdazigster Lönborger, Spantenstücke u. f. f. Überdies wird aber auch alles von den Voren, Aufwindinstrumente aus der Bronzezeit, welche in gleichmäßiger Größe gegossen, innen und außen poliert, mit 24 Zinnen versehen und in Paaren auf 24 abgeteilt waren. Ein schlagender Beweis, wie überlegen auch in der Waise der nordische Mensch den anderen Völkern war, welchen der Zivilisation in der Waise eine dalka unentwickelte Größe war. Mit Spannung wird der nächste Vortrag am kommenden Freitag erwartet und es wäre zu wünschen, daß die Lehrgänge auch großen Massen des deutschen Volkes zugänglich gemacht würden. Hg.

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Eingliederung der Volkswirtschaft in das veränderte Gefüge der Weltwirtschaft

Von Dipl. rer. pol. Karlheinz Seidel, Leiter der Unterabtl. f. zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen der H. A. IV der Reichsorganisations-Abt. der NSDAP.

Während Nordamerika schon seit Jahren seine Wirtschaft mit einem Hochschuttsystem umgeben hat, auf Grund dessen es einen Ausfuhrüberschuss nach Deutschland erzielen konnte, der im ersten Vierteljahr 1932 achtzig Millionen Reichsmark betrug, während Frankreich die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse weitgehend kontingentiert hat und Großbritannien auf dem Wege zum Schutz und zur Stärkung der Wirtschaft des Empires bereits die drei Etappen:

Übergang von einer hochvalutarischen Währung zu einer niedervalutarischen Währung (Aufhebung der Goldeneinlöspflicht des Pfundes),

Einführung eines ausgesprochenen Hochschuttsystems gegenüber den nicht britischen Staaten,

und Abbau der Wirtschaftsschranken innerhalb des Empires, was vorwiegend auf der Konferenz von Ottawa erfolgte.

hält Deutschland immer noch die Fahne der Meistbegünstigung hoch.

So kommt es, daß Deutschland im ersten Vierteljahr 1932 aus den überseeischen Gebieten noch einen Einfuhrüberschuss von rund 270 Millionen Reichsmark aufnahm und im gleichen Umfang noch jetzt aufnimmt, während sein Ausfuhrüberschuss nach den europäischen Ländern ständig zurückgeht und zu befürchten ist, daß er in kürzester Zeit ganz verschwindet.

Die Aufnahme von Einfuhrüberschüssen ist um so unverantwortlicher, wenn man bedenkt, daß Deutschland im Jahre 1932 einen Ausfuhrüberschuss von 1850 Millionen Reichsmark erzielen muß, nur um die politisch gebundenen Zahlungen und die privaten Zinsverpflichtungen zu erfüllen.

Zu fordern ist darum: Rückständlose Abdrückung aller Einfuhrüberschüsse, insbesondere aus den überseeischen Ländern, durch Devisenuteilung unter Hinweis auf die katastrophale Devisenlage Deutschlands.

Am 21. September 1931 hob England den Goldstandard auf und ließ das englische Pfund auf 70 v. H. der Goldparität abgleiten. Es ging dadurch von einer hochvalutarischen Währung zu einer niedervalutarischen Währung über. Dem Beispiele Englands folgten in Europa weitere 10 Staaten.

Die Länder, die zur niedervalutarischen Währung übergingen, erreichten damit, daß sie ein Währungsdumping gegenüber den hochvalutarischen Ländern einführen und so ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beträchtlich erhöhten. Aus einer in den Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung Heft 1, Jg. 1932-33, Seite 26 aufgeführten Tabelle ist ersichtlich, daß die Ausfuhr der hochvalutarischen Länder um 11,5 Prozent mehr zurückgegangen ist als die der niedervalutarischen Länder, während die Einfuhr der niedervalutarischen Länder um 6,5 Prozent mehr abgenommen hat als die der hochvalutarischen Länder. Es hat sich somit die Handelsbilanz der niedervalutarischen Länder auf der Ausfuhrseite um 11,5 Prozent, auf der Einfuhrseite um 6,5 Prozent verbessert.

Um dieses Währungsdumping der niedervalutarischen Staaten abzumachen, ist die Einführung einer Devisensteuer in Höhe von etwa 25 Prozent erforderlich. Derjenige, der Devisen benötigt, um Waren einzuführen, hat einen 25-prozentigen Zuschlag zu leisten, derjenige, der Waren ausführt und dadurch Devisen hereinbringt, erhält einen Satz von 25 Prozent vergütet.

Deutschlands Absatz nach Uebersee ist dauernd rückläufig und die Auswirkungen der Konferenz von Ottawa werden ihn auf ein Minimum herabmindern.

Deutschland ist auf die Einfuhr großer Rohstoffmengen angewiesen. In seinem Interesse liegt es, daß die Rohstoffeinfuhr aus den Ländern erfolgt, die im gleichen Umfange bereit sind, deutsche Fertigwaren abzunehmen. Allerdings werden dadurch einige Umstellungen in der Wirtschaft erforderlich. Diese Umstellungen aber sind gering gegenüber dem Vorteil, in gleichem Maße in die Rohstofflieferungsländer deutsche Erzeugnisse ausführen zu können. Diese Umstellung der Handelspolitik der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen muß die Verkehrspolitik weitgehend unterstützen, es sei hier nur an den Hansa-Kanal erinnert.

Privatdiskont nochmals ermäßigt

Berlin, 21. Sept. Der Privatdiskont an der Berliner Börse wurde nochmals um ein Achtel auf 3 sieben Achtel v. H. ermäßigt.

Amerikanische Baumwolle

(Aus dem Bericht der Bremer Baumwollbörse)

Mittwoch, 21. September

Bremen

Loko: 8.14 cents (vorige Notierung 8.09 cents)

Termine:	Okt.	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli
Voriger Schluß.....	7.96/88	7.98/91	8.00/7.96	8.13/08	8.23/16	8.31/26
Eröffnung.....	7.96/86	7.96/90	7.99/95	8.09/08	8.17/16	8.25/22
13 Uhr.....	7.89/-	7.95/89	7.97/95	8.07/06	8.16/15	8.25/23
16.30 Uhr.....	8.16/00	8.18/09	8.23/15	8.34/28	8.40/37	8.47/42
Heutiger Schluß.....	8.18/08	8.12/10	8.19/13	8.29/24	8.39/34	8.41/39
Abrechnungspreise 13 Uhr.....	7.86	7.92	7.97	8.07	8.16	8.25

New York

Loko: 7.50 cents (vorige Notierung 6.95 cents)

Termine:	Okt.	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli
Voriger Schluß.....	6.80/81	6.93/96	6.99	7.08/12	7.21	7.31
Eröffnung.....	6.90/92	7.07/09	7.14/15	7.23/24	7.35/36	7.45/45
11.45 Uhr.....	7.08/09	7.22	7.26/28	7.38	7.49	7.59
Heutiger Schluß.....	7.37	7.48/51	7.56	7.65/68	7.81/83	7.90

Liverpool

Loko: 5.67 pence (vorige Notierung 5.59 pence)

Termine:	Okt.	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli
Voriger Schluß.....	5.39	5.37	5.38	5.41	5.44	5.47
Heutiger Schluß.....	5.53	5.51	5.52	5.56	5.59	5.61

Bremer Privatbericht

Vormittag: Der Markt eröffnete heute infolge der unbestimmten Kabelmeldungen aus Amerika behauptet unverändert bis 4 Punkt niedriger. Das Angebot war während des ganzen Vormittags im allgemeinen ziemlich lebhaft, dagegen kam nur zeitweise etwas mehr Nachfrage heraus. Die Preise schwankten daher unregelmäßig. Der Markt schloß um 13 Uhr stetig 2 Punkte unter bis 1 Punkt über den Eröffnungsnotierungen.

Nachmittag: Der heutige Nachmittagsverkehr eröffnete, beeinflusst durch den nicht günstigen wöchentlichen Wetterbericht des Landwirtschaftlichen Büros in Washington, ruhig-stetig 19 bis 22 Punkte höher. Die Nachfrage war auf dieser Preislage nur anfänglich gut, im Verlauf wurden die entfernteren Positionen durch stärkeres Angebot herunter gedrückt. Der Markt schloß unregelmäßig 2 Punkte über bis 4 Punkte unter den Nachmittagsnotierungen.

New Yorker Privatbericht

Der Markt eröffnete fest. Allgemeine Regelmäßigkeit in den mittleren und östlichen Teilen. Be-

richte über Schaden durch zuviel Regen im Mississippi, was die Erntebewegung in den mittleren Teilen verzögerte. Die Bollweilversicherung breitete sich in West-Texas aus, was zu lebhafteren Publikumskäufen führte. Makler mit fernöstlichen Beziehungen kauften lebhaft. Später williger. Haussiers realisierten.

Nachmittags steigend auf Festigkeit der Fondsmärkte. Starke Käufe der Haussiers infolge Voraussetzung, daß Entkörnungsbericht Schätzungen ermäßigt. Berichte über lebhaftes Geschäft in Textilien. Aufhören der Sicherungen.

Der Markt auf Lieferung in New York

besserte sich nach der Eröffnung und wurde andauernd fest. Spekulative Käufe. Der Markt schloß fest 55 bis 60 Punkte höher. Umsätze 350 000 Ballen.

Baumwolldampfer für Bremen

D Narbo von New-Orleans 9648 Btl. klar. 17. 9. ges. 17. 9. D Heronspool von Savannah 6949 Btl. klar. 20. 9. ges. 20. 9.

Siegen-Solingen Guß-Stahl-Aktienverein Berlin. Die Verhandlungen mit der norddeutschen Eisengesellschaft wegen Erwerb des Feinblech-Walzwerkes sind erfolgreich abgeschlossen worden. Die Norddeutsche Eisengesellschaft, die eine führende Außenseiterstellung auf dem deutschen Feinblechmarkt einnimmt, wird den Betrieb in etwa sechs Wochen in voller Höhe der Kapazität von über 1000 Tonnen aufnehmen. Der Kaufpreis, über dessen Höhe noch nichts zu erfahren war, wird zur Hälfte bar abgelöst und kommt in erster Linie den Aktionären, deren Treuhänder zur Zeit noch wegen der Ablösung des Restkaufpreises verhandeln, zugute.

Begründung der Diskontsenkung

Berlin. Im Zentralkomitee begründete der Reichsbankpräsident Dr. Luther den Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontsatz und den Lombardsatz mit Wirkung ab 22. September um je 1 Prozent auf 4 bzw. 5 Prozent zu ermäßigen, wie folgt: Durch die Beseitigung des bisherigen gesetzlichen Hindernisses für eine Unterbietung des Diskontsatzes von 5 Prozent erhält die Reichsbank namentlich die rechtliche Möglichkeit, auf dem bisher von ihr verfolgten Wege, der deutschen Wirtschaft auch von der Zinssseite her jede nur mögliche Erleichterung zu gewähren, weiter zu schreiben. Sie konnte sich zu der nunmehr vorgenommenen Zinssenkung umso eher entschließen, als seit der letzten mit Wirkung vom 28. April erfolgten Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes der Status der Reichsbank eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verfügbarsung an den deutschen Geldmärkten weiter fortgeschritten ist und auch in den führenden Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

Neuerscheinungen

Das Handwerk in der berufsständischen Wirtschaft

Zu dieser für alle Handwerkerkreise so wichtigen Frage ist im Erneuerungsverlag, Berlin-Wilmersdorf 1, ein neuer, lesenswerter Beitrag erschienen, der von Dr. Wilhelm Wernet, Hannover, Sachberater der Berufsstände des Reichverbandes verfaßt ist. Gerade im Handwerk ist das Bewußtsein der lebendigen Verbundenheit zwischen Handwerk und Mensch und der Wirtschaftsgemeinschaft aller Berufsstände stets lebendig geblieben. In dem Verlangen nach korporativem Zusammenschluß auf berufsständischer Grundlage hat es sich Jahrhundert hindurch Ausdruck verschafft. Neuerdings sind die berufsständischen Bestrebungen im Handwerk wieder aufgenommen worden. Die Zeitergebnisse verschaffen ihnen eine bemerkenswerte Aktualität. Sie finden umso größere Beachtung, weil der Öffentlichkeit durch die umfassende Untersuchung des Enquete-Ausschusses die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Handwerks erst bekannt geworden ist. Ueber all das gibt die kleine Broschüre: Wernet: „Das Handwerk in der berufsständischen Wirtschaft“, Aufschluß. Der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerkekammergebietes, Dr. Meusch, hat das Vorwort dazu geschrieben, das mit den Worten schließt: „Mögen alle nach dieser Schrift greifen, denen mit uns die Erhaltung eines kräftigen Handwerkerstandes in einem glücklicheren Deutschland am Herzen liegt.“

Bauernkampf der Gegenwart

In der Schriftenreihe zur Politischen Bildung, die von der Gesellschaft „Deutscher Staat“ herausgegeben wird (Hermann Beyer und Söhne, Langensalza), ist in zweiter Auflage ein Heft von Dr. von Eickstedt, Stettin, mit obigem Titel erschienen, in dem der Verfasser in anschaulicher Weise zeigt, wie das deutsche Bauerntum im Zeichen hochkapitalistisch-industrieller Wirtschaftsentwicklung und liberalistisch-manchesterlicher Wirtschaftsauffassungen immer mehr preisgegeben und sich selbst überlassen wird, wie es sich, um seine Existenz zu kämpfen, Selbsthilfeorganisationen schafft, die jedoch auch nur, weil angekränkt und durchsetzt von liberalem Geist, den deutschen Schicksalsweg zwar etwas aufzuhalten, aber nicht aufzuheben vermögen. Die bitteren Leidenjahre der Nachkriegszeit, die Irrungen und Wirrungen der landwirtschaftlichen Organisationen und ihrer Führer, bringen unter revolutionären Aufwallungen endlich den Durchbruch zur Selbstbestimmung, der die erste Voraussetzung für die formgestaltende Auslösung vitaler Lebensenergien ist, berufen und stark genug, doch noch in letzter Stunde Deutschlands Schicksal zu wenden. Dabei knüpft der Verfasser an die geistig-seelischen Werte im deutschen Bauerntum und an die Entwicklungsschreiben an, die, zeitweise verschüttet und von fremdem Gedankengut überwuchert, die organische Verbindung zu neuen lebensvollen Formen herstellen müssen.

Ämtliche Devisen-Kurse

vom 21. September 1932
Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires.....	0,908	0,912
Canada.....	3,776	3,784
Istanbul.....	2,008	2,021
Japan.....	0,019	1,021
Kairo.....	14,975	15,015
London.....	14,595	14,635
New-York.....	4,209	4,217
Rio de Janeiro.....	0,309	0,311
Uruguay.....	1,738	1,742
Amsterdam.....	169,23	169,57
Athen.....	2,647	2,653
Brüssel.....	58,31	58,43
Bukarest.....	2,518	2,524
Budapest.....		
Danzig.....	81,82	81,98
Helsingfors.....	6,284	6,296
Italien.....	21,61	21,65
Jugoslawien.....	6,344	6,356
Kaunas (Kowno).....	41,96	42,04
Konstantinopel.....	75,67	75,83
Lissabon/Oporto.....	13,30	13,32
Oslo.....	73,43	73,51
Paris.....	16,49	16,53
Prag.....	12,465	12,485
Reykjavik.....	65,93	66,07
Riga.....	79,72	79,88
Schweiz.....	81,13	81,29
Sofia.....	3,057	3,063
Spanien.....	34,42	34,48
Stockholm.....	74,88	75,02
Tallin/Reval.....	110,59	110,81
Wien.....	51,95	52,05

Londoner Goldpreis.

Berlin. Der Londoner Goldpreis betrug am 21. September in deutsche Währung umgerechnet für eine Unze Feingold 86,8374 RM, für ein Gramm 2,79189 RM.

Heutige Berliner Butternotierung

Am Berliner Buttermarkt notierten heute 22. September:

I. Qualität 1.11, II. Qualität 1.01 III. Qualität 0.92. Tendenz stetig.

Berliner Produktenbericht

Berlin, 21. September.

Das Angebot der Landwirtschaft war als Folge der zur Zeit durchzuführenden Feldarbeiten nicht groß, aber auch die Nachfrage bei der unveränderten Absatzlosigkeit am Mehlmarkt und bei schleppenden Exporten unerheblich. Die Preise des Vortages hatten sich deshalb an der heutigen Produktenbörse nicht behaupten können. So gingen zunächst die Gewinne, die der Roggen auf handelsrechtliche Lieferung am Schluß des Vortages insbesondere erzielen konnte, verloren, da die D. G. H. nur in kleinstem Umfange intervenierte. Prompte Waggonware blieb bei fortgesetzten Käufen der Reichsstelle im Preise unverändert, während Kahnware schwerer unterzubringen war, da die Forderungen zu hoch lauteten. Das Weizengeschäft wurde wieder erschwert durch die Tatsache, daß die Preise für diese Getreideart im ganzen Reiche dieselben sind. Im Westen notieren sie eher noch billiger als in Berlin. Im Zeithandel ergab sich eine nicht einheitliche Entwicklung, doch gingen die für hintere Monate zunächst notierten Gewinne schon im Verlauf teilweise wieder verloren. Das Mehlgeschäft ging schwerfällig und blieb auf den Tagesbedarf beschränkt. Forderungen lauteten unverändert, Abnahme erfolgten zögernd. Beim Hafer verhinderte mangelnder Konsumbedarf keine Geschäftsbelegung. Für Gerste schaltete manche Frage an den Forderungen.

Getreide

Das Geschäft ist unverändert ruhig. Auch die Gerstenpreise ließen etwas nach, als von der D. G. H. einige Bezugsscheine herausgegeben wurden.

Es wurde heute notiert (Frachtgrundlage Bremen in RM, p. Ztr.) Weizen 76 kg 10,90; Roggen 72/73 kg 8,50; deutsche Gerste 9,50; Donau-Gerste 9,50; Plata-Mais 8,25; Milo corr. 7,80; Hafer neue Ernte 52/53 kg 8,05; Eosinroggen 7,20 Sept.-Okt. ab Bremen und franko Münsterstation.

Kaffee

Die äußerst feste Tendenz hält weiter an. Kaffees bis zu \$ 15.— sind sämtlich aus dem Markt genommen und verschiedene Importeure haben heute wiederum ihre Preise um \$ — 50 erhöht. Der Haften von Santos soll voraussichtlich noch längere Zeit geschlossen bleiben.

Kammgarnspinnerei Kaiserslautern

Kaiserslautern. Die Gesellschaft hat etwa 170 Arbeiter neu eingestellt und läßt in Doppelstufen bei 54 Wochenstunden arbeiten. In absehbarer Zeit ist mit einer weiteren Verstärkung der Belegschaft von jetzt 1270 Mann zu rechnen. Gegenüber den etwas ruhiger Sommermonaten haben das Geschäft und der Versand eine merkbare Besserung erfahren.

Der Entdeutschungsfeldzug in Elsaß-Lothringen

Verbrechen am deutschen Volkstum

Straßburg, September 1932.

Mitten im Kampf um unsere militärische Unabhängigkeit und um den inneren Aufbau des Staates haben wir wenig Achtung, uns mit weiterliegenden politischen Vorzügen zu befassen. Vor allem sind unsere Auslandsdeutschen zu kurz gekommen. Man vergißt, daß diese Volkspolster eine große Mission erfüllt haben. Daß sie täglich blutsmäßig andersgerichteten Nationen demontieren und man vergißt endlich, daß es uns durchaus nicht gleichgültig sein kann, ob diese aus unserer staatlichen Gemeinschaft Gefährten vom Goltz mit den gemeinen und brutalen Mitteln „assimiliert“ werden.

Gegenwärtig befindet sich Elsaß-Lothringen in einem entscheidenden Stadium seines Selbstbestimmungskampfes. Als Machtmittel der „république une et indivisible“ wird in Bewegung gesetzt worden, um endlich die zur Kulturstückung Frankreichs gehörenden „befreiten Provinzen“ zu assimilieren und den unterworfenen deutschen Charakter des Landes zu vernichten.

Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann ist es gewesen, der auf die ehemaligen deutschen Reichsländer kein Aufschluß der Völker-Verträge noch einmal und in aller Form verhängt hat. Das darf uns jedoch nicht veranlassen, überhaupt nichts mehr sehen und hören zu wollen. Elsaß-Lothringen liegt noch wie vor im Herzen Europa und nicht — irgendwo im Sudan. Wenn ein so großes und widerstandsfähiges Volk sich gegen die

Ausfaltungsgestalt ehegegründet Pariser Abkommen und starrer Zettungsreiter und Bürgermeister, die gemäß den parlamentarischen Spielregeln heute das französische Volk regieren, zur Wehr setzen, dann gehören ihm unsere Sympathien und dann müßten ihm auch die Sympathien aller freien Staaten gehören, die angeschlossen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu Hilfe gezogen sind. Das wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu halten haben, wissen wir zu Genüge. Es war eine der teuersten Erfahrungen der Entente-Propaganda und die Namen Melé, Stober, Leffert, Dantsig, Saargebiet sagen uns genug. Im Zeichen dieses Selbstbestimmungsrechts sind die schwersten Verbrechen am deutschen Volkstum verübt worden. Und im Zeichen dieses Selbstbestimmungsrechts wird auch der Entdeutschungsfeldzug in Elsaß-Lothringen geführt.

Kein Zweifel, daß Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung im Jahre 1918 die Franzosen als „Befreier vom preussischen Joch“ begrüßt haben. Die Folge einer Politik übrigens, die meist sehr unklar, wenn auch von den besten Absichten diktiert war. Viele franzosenfreundliche Elemente waren, soweit sie sich zu ihrem Volkstum bekennen, bald von ihren Neigungen für die „Mutter Frankreich“ getrennt. Sie merkten sehr rasch, daß es Frankreich nicht auf die Befreiung des elsass-lothringischen Volkes ankam, sondern auf die Erreichung der Abseignung, die sie mit der Befreiung des Landes auch erzielten. Frankreich sah seine Aufgabe nicht in der französischen Eiderung des Gebietes, die heute mit der Erfüllung unerfüllter militärischer Schulpunkte über und unter der Erde erreicht ist, in der Niedermetzelung der elsass-lothringischen „Heim- und Volksrechte“. Jeder irgendeine gangbare Weg wurde von ihnen in den letzten vierzehn Jahren beschritten. Man verfuhr es mit Zudrücken, man verführte es auch nicht, die Peitsche zu schwingen. Die Almsphäre wurde immer verdichteter und nichts ist schneller Lügen gestiftet worden als die Worte Barres, der vor einem Auditorium der Straßburger Universität nach der Einweihung des Landes erklärte: „Es fällt uns nicht ein, eine

jährhundertelange Vergangenheit über den Haufen zu werfen, Ueberlieferungen die stärker sind als alle Regulative zu misshandeln, Gerüchte, die Geseßkraft angenommen haben, umstoßen zu wollen. Wir achten den im Geist der Neuzeit wurzelnden Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Diese Worte, verglichen mit den französischen Regierungsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen, wirken heute wie glatter Föhn. Niemals ist der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker schamloser mit Füßen getreten worden als in Elsaß-Lothringen. Freilich: Maurice Barres lebt nicht mehr. Statt dieses geistvollen und klugen Franzosen diktiert heute in Frankreich ein Ministerpräsident, der ein ausgezeichneter Bürgermeister sein mag, dessen Horizont und geistiges Vermögen aber hinterhineil geteilt wird durch die Tatsache, daß er die harmlose Zusammenkunft von 40 000 deutschen Kathakolaten als eine „Gefahr für die französische Staatssicherheit“ erklärte.

Jundstätt ging und geht

der Kampf um die Erhaltung der Muttersprache, die seit Menschengedenken gesprochen wird, um die deutsche Sprache. Der Kampf gegen die vom Deutschen abgeleitete „alemannische“ Volkssprache hat Formen angenommen, die eines Kulturvolkes unwürdig sind. Die Elsaß-Lothringer verlangen, daß die Gerichte in der deutschen Sprache Recht sprechen, daß sie sich in Französisch — und das trifft fast ausschließlich nur auf die Gebildeten zu — nur unvollkommen ausdrücken vermögen. Sie wünschen, daß in den Schulen in der Hauptsache Deutsch unterrichtet und daß nicht die deutsche Sprache eingeengt und blutarm gemacht wird. Die Franzosen hören sich nicht daran. Beiden auf schulpolitischem Gebiet setzen sie ihren Willen blühen und systematisch gehen sie darauf aus, die jungen heranwachsenden Generationen in ihre Hände zu bekommen.

Die Ergebnisse? Sie sind mehr als traurig. Die Schüler können weder richtig Französisch noch Deutsch sprechen und schreiben. Die elsass-lothringi-

gischen Schulen sind heute Zuchthäuser für Sprachkrüppel. Bei der letzten Musterung in Elsaß-Lothringen erklärten 84 Prozent aller Rekruten, daß sie Französisch schreiben könnten. 16 Prozent gaben zu Protokoll, daß sie weder Deutsch noch Französisch schreiben können. Ungerechnet auf die Kopfzahl der Bevölkerung heißt das, daß jeder sechste junge Elsaß-Lothringer ein Analphabet ist. Noch trübseliger liegen die Dinge auf dem Gebiet der religiösen Unterweisung und es ist bezeichnend, daß außer dem den Franzosen hörigen Bischof auch in Straßburg und einigen seiner hohen kirchlichen Würdenträger der gesamte Klerus für die alemannische Muttersprache eintritt und fast verlassend der die Autonomie verfolgenden Heimatbewegung angehört. Wer aber in Elsaß-Lothringen — und das hat man leider im Kaiserreich viel zu spät eingesehen — den Klerus nicht hinter sich hat, der verliert. Die Bedeutung des Kampfes der Elsaß-Lothringer für ihre

Heimatrechte

liegt auf der Hand. Wir haben bestimmte Aufgabenstellungen zu ziehen. Politisch haben wir auf absehbare Zeit die Reichsländer verloren, aber als deutsches Kulturland dürfen sie nicht vor die Hunde gehen. Wir können in unserer augenblicklichen Ohnmacht unseren Volksgenossen in Elsaß-Lothringen nur dadurch helfen, daß wir durch eine objektive Berichterstattung über ihre Verhältnisse und Bemühungen in ganz Europa Klarheit darüber schaffen, was dort geschieht wird. Vierzehn Jahre französische Verwaltung haben genügt, um die Pfaffen der französischen Kulturträger über das Selbstbestimmungsrecht der befreiten Völker gründlich zu entlarven. Die Lebensrechte eines Volkes werden tagtäglich auf dem Altar der einen und unteilbaren Republik geopfert. Und wir sind sicher, daß sich die Regierung der höchsten sittlichen Werte im Leben der Nationen, die Frankreich heute in Elsaß-Lothringen beliebt, eines Tages doch so auswirkt, wie wir es im Interesse des — Selbstbestimmungsrechtes der Völker wünschen!

Faschismus und Nation

Italiener schreibt für Deutschland ein Buch über den Faschismus

Auch das Wort Faschismus ist in Deutschland zum Parteischlagwort geworden. Gewöhnlich haben aber weder die, die mit Haß und Erbitterung die Parole „Tod den Faschisten“ ausgegeben haben oder nachbrüllen, noch die, die kritisch in das Gedächtnis eintrifften, „Wir brauchen einen Mussolini in Deutschland“ eine Ahnung vom historischen Wesen des Faschismus. Man ist oft zu leicht bei der Hand, jede nationale Bewegung mit dem Faschismus gleich zu setzen. Eine so grobe Verrennung ist uns zu bedauerlicher, als nur Deutsche mit dem echten Faschismus auseinanderzusetzen und die unter dem faschistischen Regime gewonnenen Erkenntnisse auf ihre Brauchbarkeit auch für uns zu prüfen. Für eine solche Prüfung ist eine gute und zuverlässige Darstellung des Faschismus von berufener italienischer Seite eine unerlässliche Voraussetzung. Diese mehr als notwendige Darstellung hat uns jetzt der bekannte italienische Rechtswissenschaftler Guido Vortolotto gegeben in einem bei der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg erschienenen Werte „Faschismus und Nation“ (Kart. 4.80 Reichsmark).

Es ist der Vorzug dieses Buches, daß es eine lebendige, allgemein verständliche Klarheit der Schilderung mit einer ungemein tiefgründigen Gründlichkeit und Ordnung des Stoff-

kes verbindet. Wer dieses Buch über den Faschismus gelesen hat, kann sagen, daß er ihn wirklich kennt. Vortolotto sucht nicht mit dem Schlagwort zu überzeugen, sondern mit dem Argument, nicht mit alzu schnellen, festgefärbten Werturteilen, sondern mit einer Anschaulichkeit, die wühlend auch die theoretischen Erörterungen durchzieht. Es ist wichtig, daß Vortolotto keineswegs nur die gebantlichen Grundlagen und den Begehalt des Faschismus behandelt, sondern sein Buch mit einer ausföhrlichen Interpretation der faschistischen Verfassung abschließt. So erfahren wir Genaues über die gegenwärtige Regelung des Staatslebens in Italien von den obersten Schichten bis zu den wirtschaftlichen Einrichtungen, bis zu Arbeitsgerichten und Arbeitsverträgen, bis zu den Syndikaten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Buch wird seine Leser finden von Rechts bis Links und es muß sie finden, wenn anders wir von dem Faschismus über Faschismus und Antifaschismus endlich zu einer aus Deutschen entsprechenden und für uns Deutsche gültigen organischen Neuordnung des Staatswesens kommen wollen. Vortolotto fordert keineswegs zu einer bloßen Nachahmung der italienischen Lösung auf. Im Gegenteil, er legt überzeugend dar, wie diese Lösung lediglich in Italien ihre Geltung haben kann. Gerade deshalb ist sein Buch so

zuverlässig, weil es uns bewußt die Freiheit der eigenen Stellungnahme läßt und die Freiheit eigenen Erkennens. Interessant ist aber, wie sich dieser Italiener in unsere deutschen Bedürfnisse und politischen Bewegungen einfüllen bemüht und wie er, bei bemerksamer umfassender Belesenheit, unsere neueste politische nationale Literatur, z. B. Moeller von den Brüdern, „Drittes Reich“, beurteilt. So gibt es viel, sehr viel zu lernen in diesem Buch, aber es gibt uns auch die Gewißheit, daß heute noch radikale Neuordnungen von Staats- und Volksleben möglich sind, wenn man sie mit Mut und Entschlossenheit anzupacken weiß. Denn das ist vielleicht die tiefste Erkenntnis, zu der dieses Buch führt, und die A. G. S. u. t. h. r. in einer Einleitung, die Vortolotto dem deutschen Leser näher bringt, zusammenfaßt in die Worte: „Im Anfang des Faschismus steht nicht die Lehre, sondern die schöpferische Persönlichkeit, der kämpferische Glaube einer Gefolgschaft und die revolutionäre Tat.“

Georg Vollmann.

„Entente cordiale“

Des öfteren begegnet man jetzt wieder in den Zeitungen dem Wort „Entente cordiale“, dessen Bedeutung wohl jedem klar ist, obwohl die Uebersetzung hierfür ziemlich schwierig ist. Die deutsche Auslegung, die Bismarck diesem Begriff gab, zeigt folgende hübsche Anecdote: Auf die Frage seiner Tochter, was denn eigentlich „Entente cordiale“ sei, erwiderte Bismarck: „So leicht ist das nicht zu erklären. Es heißt einfach, wenn man es richtig überseht, „herliche Uebereinkünfte“. Ich will dir aber an einem Beispiel erklären, daß der Sinn ein etwas anderer ist. Als ich mit Nero heute morgen aus dem Garten kam, sahst Du doch auch, wie Diana an einem großen Knochenschnitzbrett, der ihr herrlich zu schmecken schien. Du erkennst dich, wie gierig Nero hinsah und Diana den Knochen entziehen wollte. Den Kampf zwischen den beiden müßte ich erst beobachten, indem ich sie mit einigen kräftigen Stößen auseinander trieb. Beide Hunde standen nun in der Hofmitte und sahen den Knochen aus einiger Entfernung begehrt an. Jeder aber fürchtete die Eifersucht des anderen nicht weniger wie meinen Kräftig. Deshalb blieben sie in gebührender Entfernung und seiner getraute sich an den Knochen heran. Dies, mein Kind, nennt man in der diplomatischen Welt eine „Entente cordiale“.

Frankreichs Minen an der Saar

Trotz des von den französischen Generaldirektor der Saargruben gegebenen Versprechens, daß kein Bergarbeiter wegen seiner politischen Einstellung gemißachtet werden solle, wollen die Minen nicht verkommen, daß beim Abbau der Belegschaft eine Rolle spielen. Von den Organisationen der Bergleute ist schon vor einiger Zeit dem Generaldirektor hierfür verschiedenes Material zugeleitet worden, ohne daß bisher ein Ergebnis der gesicherten Untersuchung bekannt geworden wäre.

Ganz auffällig sind die Verhältnisse auf der Grube Belsen. Hier bleiben die Mitglieder des Saarbundes ganz offensichtlich von den Ablegungen verhöhnt, und immer mehr schiebt man Vergleiche in die Belegschaft ein, die sich der Saarbundüberlegung gegenüber als willfährig erweisen haben. Auf diese Weise wird die Grube Belsen immer mehr in eine Saarbundkolonie umgewandelt. Die Abnahme liegt nur zu nahe, daß sich die französischen Saarunionisten hier eine Wollkammstruppe schießen wollen, um wenigstens die Hand auf den Warnd legen zu können.

Diese Vorgänge werfen ein charakteristisches Licht auf die Verhältnisse im Saargebiet. Wir sehen, daß das Verlangen in Frankreich, die Saar als Pfand aus über 1935 noch hinaus in der Hand zu behalten, immer drückender erhoben wird.

Der Lebensmittelpreis des russischen Arbeiters

Wer hungern will, gehe zu den Sowjets

Ein untrüglicher Zeiger der marxistischen Front, der Redakteur des sozialistischen „Volk“ in Moskau, berichtet von keiner Auslandsreise ausföhrlich über die „Lebensbedingungen des russischen Arbeiters, und zwar mehr nach der materialistischen Seite, weil die verbreitete Krankheit in Russland das „Magenruhren“ ist.

An einem Abend besuchte ihn ein deutscher Arbeiter mit seiner Frau in Gorko und unter dreien trant man eine Flasche Bier und zwei Glas Tee. Kopfpunkt 3.90 Rubel oder 7,15 Mark. Eine kleine Schachelfigurrette, die nur 2,5 Zentime Tabak enthalten, kostet 1,65 Mark; Briefporto für einen Auslandsbrief 75 Pf.; Wollstoff tenen die Arbeiter nicht, denn selbst ein kleines Brotchen, das bei uns 3 bis 4 Pf. kostet, ist unter einem Rubel nicht zu haben. Roggenbrot kostet auf Brotkarte nur 35 Pf. das Kilogramm, aber der Arbeiter bekommt nur 800 Gramm pro Tag und Frau und Kinder nicht mehr als 200 Gramm. Will der Arbeiter nun Brot im freien der Kilogramm zahlen, oder fast einen gan-

zen Tag für das Kilogramm arbeiten. Auf den Märkten sieht man Bauersfrauen mit einem Stiel Roggenbrot in der Hand, das sie zum höchsten Gebot zu verkaufen suchen.

Ein Stüchden Wafschelle kostet 1,20 Rubel oder 1/2 Arbeitsstunde. Den Preis für ein Faschisches Pflanzentab verweigert der Verkäufer, wenn man würde es doch nicht für möglich halten. Zehn Eier kosten 7 Rubel oder ein Ei eine volle Arbeitsstunde. Aber das kommt für die Arbeiter nicht in Frage, denn die essen keine Eier. Genossenschafts- oder Staatsläden verkaufen eine Butter, aber im Bazar kann man ein Kilogramm für 30 bis 35 Rubel kaufen, was einer Woche Arbeitslohn gleichkommt. Die Arbeiter sind so von der Butter ausgeschlossen, oder können auch keine Margarine kaufen, noch Fleisch oder Milch, weil deren Preise für die Arbeiter unerträglich sind. Wenn die Läden zufällig mal Zucker haben, können die Arbeiter ein Kilogramm für 64 Kopfen erhalten, aber das kommt selten vor. Auf dem Markt kostet der Zucker 10 Rubel oder 13 Stunden Arbeitslohn. 20 Süßner aufzutreiben sind, sollen sie

Ganbel zukaufen, dann muß er 4 Rubel 10 bis 18 Rubel per Stiel, sind aber in den Läden nicht zu haben.

Weil in der Arbeiterwohnungen kein Gas ist, muß auf Petroleum geachtet werden, der rationiert ist und jeder Familie mit zehn Liter pro Monat zugemessen wird. Nun gibt es zahlreiche Familien, die nichts zum Kochen haben und mit dem Petroleum nichts anfangen können. Sie verkaufen dies dann auf dem Markt. Kohlen sind fast nicht zu haben. Ein Kubikmeter Holz zum Heizen kostet 75 bis 80 Rubel oder 14 Tage Lohn. Wer also gut einheizen will im Winter, kommt mit seinem ganzen Arbeitslohn nicht einmal für Holz aus. Mit Bekleidung ist es sehr traurig gestellt. In einem Genossenschaftsladen war ein Frauenmantel in einer Qualität, wie ihn im übrigen Europa keine Arbeiterfrau tragen würde, mit 113,50 Rubel ausgezeichnet; ein Rod von Crepe de Chine zu 195,65 Rubel; Frauenhüte zu 27,20 und 30,60 Rubel; eine halbleidene Bluse zu 61,50 Rubel; rauhe Arbeitshuhe auf Bon 10 Rubel, ohne Bon 25 bis 30 Rubel.

Vollkommen satt essen kann sich kein Arbeiter in Rußland

denn er muß ausschließlich von Brot leben und dazu in ungenügender Menge. Zum

Anfällen mit anderen Lebensmitteln reicht sein Arbeitslohn nicht und Kartoffeln oder Fett sind sehr teuer und fast nirgends zu haben. Eine Abwechslung in der Ernährung ist nicht möglich. Jeder Arbeitslohn im übrigen Europa hat es besser als der russische Arbeiter.

Um die Rubelpreise umrechnen zu können, muß man zwei Rubel mit einem Dollar oder 4,23 Mark gleichrechnen, das ist der Kurs der russischen Staatsbank.

Nun sollte man eigentlich der Ansicht sein, daß der russische Staat sich das Leben der Arbeiter besonders zu Gemüte ziehen würde, aber weit gefehlt. Der Staat braucht Geld und beschafft sich dies durch innere Anleihen. Jeder Arbeiter ist mit allem moralischen Druck verpflichtet, ein Monatsgehalt von 150 Rubel einer solchen Anleihe zu opfern, und zwar muß er diesen Betrag in zehn Monatsraten abzahlen. Er arbeitet also zwölf Monate und muß vom Lohn von elf Monaten leben.

Wenn man diese nackte Wahrheit von einem Marxistenführer erhält sieht, der noch besonders betont, daß alle Literatur über Rußland, die von diesen Tatsachen abweicht, lauter Schwindel darstellt, dann muß man sich wundern, daß es in Deutschland noch Arbeiter gibt, die diese Fötte für Deutschland herbeischieben.

Deutsches Kulturleben

Mit dem Konflikt auf Vogelstimmen-Jagd

Von H. Goldenhoff-Wien

Wohl eine der bekanntesten Vogelstimmensammlungen der modernen Kultur ist die wachsende Entfremdung des überlebenden Teils der Bevölkerung von der Natur. Um nur einen Punkt herauszugreifen: Wie viele Menschen — abgesehen natürlich von Jägern und Angehörigen ähnlicher Berufe — gibt es noch, die bei einem Gange durch Wald und Feld die Vögel an ihren Stimmen zu erkennen vermögen?

In anderen Ländern sieht es damit nicht günstiger aus als bei uns. Vielleicht dürfte es indessen schon in einer nahen Zukunft besser werden, wenn nämlich ein Verfahren, das der Amerikaner A. R. Brand kürzlich mit Erfolg angewandt hat, erst allgemeinere Verbreitung findet. Brand hatte gesehen, daß man neuerdings die Stimmen von Angehörigen der verschiedenen Vögelstämme auf Platten aufzeichnen ließ, um sie dann auf Schallplatten zu übertragen. Er kam auf die Idee, diese Platten zu benutzen, um weitere Kreise mit diesen Stimmen bekannt zu machen und sie auch für die Nachwelt zu erhalten. Er kam auf die Idee, diese Platten zu benutzen, um weitere Kreise mit diesen Stimmen bekannt zu machen und sie auch für die Nachwelt zu erhalten.

Jeder Vogelkennner weiß, daß alle gesiederten Sänger bestimmte Plätze bevorzugen, manchmal zwei oder drei, an denen sie fast stets gleiches Tageszeit ihre Stimme erschallen lassen. Durch genauere Beobachtung ermittelte Brand zahlreiche derartige Plätze, stellte in ihrer Nähe, durch Zweige, Blätter oder dergleichen geschützt verborgen, in Abwesenheit der Vögel sein Mikrophon auf und nahm dann die Stimmen an dem üblichen Konfliktstellen auf.

Je nach der Art des zu beschreibenden Vogels befand sich das Mikrophon ein bis 13 Meter von dem kleinen Sänger entfernt. Es dauerte geraume Zeit, bis man die richtige Entfernung für den jeweiligen Fall herausgefunden hatte; denn wenn man z. B. zu nahe herangegangen war, so verlor man oft schonende oder freudige Töne manchen Vögel.

Man wird sich erinnern, daß, als vor einigen Jahren der Konflikt zuerst in den Vögelstimmensammlungen eingeführt wurde, manche Sterne der stimmreichen Welt nach sich für die neue Arbeit nicht eigneten. Brand fand zu seiner Überraschung, daß es in der Vogelwelt nicht anders ist. Verschiedene Singvögel, deren Stimmen dem menschlichen Ohr höchst angenehm klingen, zeigten sich für den Film als glatte Verfolger. Der Konflikt gibt manche hohe Töne nämlich schnell und schnell wieder. Andere Sänger dagegen, vornehmlich mehrere Drosselarten, stellten sich als wahre Konfliktstärker heraus.

Das „Repetiere“ der einzelnen Sänger ist recht einseitig. Fast alle Singvögel kennen nur eine meist kurze Melodie, die sie fast Tag für Tag, Jahr für Jahr in die Luft schleudern. Bemerkenswert ist es, daß gewisse Vögel derselben Art, die aber von einander entfernt am selben Ort, einen leicht von einander abweichenden Gesang ertönen lassen; sie sprechen gewissermaßen Dialekt.

Wie Brand weiter herausfand, ist, um einen Vogel an seinem Gesang festzufassen, eine Kenntnis

Der K. f. d. K. gegen einen Kunstskandal

Der Kampfband für deutsche Kultur Berlin teilt mit:

Unter polizeilicher Bedeckung wurde am Freitag, den 16. September,

der gesamte Kunstbesitz der bekannten Kämpferin für die deutschen Blinden, Frau von Jhne, aus dem zwangsversteigert.

Der beschriebene Widerstand von Kriegskindern und deren Angehörigen gegen die zu erwartende schwere Schädigung ihrer Wohltätigkeit blieb aus, denn der Eintritt zu diesem ungeheuerlichen Kunstspiel war vorzüglich nur durch Hinterlegung eines Betrages von 100 M. gestattet. So konnte sich dieser trostlose Vorgang, den der Versteigerer selbst als eine

„Verschleuderung ohne Gleichen“ brandmarkt, ungehindert abspielen.

Ein unter Kunstbesitz stehendes Bildnis Kaiserin XIV. von Dänemark, für das aus Paris 100 000 Franken geboten waren, wurde für 700 Mark hinausgeworfen und zwei ausgezeichnete Bildnisse von Moroni für ganze 520 Mark zusammen veräußert. Ein wunderschöner Pietro Longhi wurde der

Der Kampfband für deutsche Kultur, Gruppe bildende Kunst, Großberlin

Veisigerin für sage und schreibe 1600 Mark, milde gesagt, enteignet. Die gesamte Versteigerung erzielte gegenüber der sog. eingeklagten Schuld von 75 000 mit Mühe und Not 26 000 Mark.

Wenn das hier geübte erbarmungslose Verfahren der staatlichen Schuldentilgung auch dem heute von den sonstigen staatlichen Stellen geübten Brauch entspricht, so ist es doch in diesem Fall gänzlich unfassbar, daß sich keine amtliche Stelle fand, die den Verkauf dieser kostbaren Sammlung für die deutsche Nation sicherstellte und sie vor einer solchen Roberei und Verarmung schützte, ganz abgesehen von der menschlichen Seite dieses tieftraurigen Beschlusses. Man muß aber auf schärfste Verwarnung gegen eine derartige verächtliche Behandlung hoher Kulturgüter eingeleitet werden. Wir deutschen Künstler empfinden den Vorgang als eine beschämende schmachvolle Erniedrigung des künstlerischen Schaffens und Schaffens.

Hier vor einmal eine wirtschaftliche Begehrtheit gegeben, von amtlicher Seite deutschen Kulturgütern durch die Tat zu beweisen und das nachdrücklich und wirkungsvoller als mit dem, wie man sieht, zu nichts verpflichtenden hohen Wortgeheimel der Prominenten dieses Systems.

Gruppe bildende Kunst, Großberlin

Herbst

Franz Dingia

Es streift ein kühler Wind
Durch stille Wälder schon.
Und alle Äster sind
Erfüllt von dünnem Ton.

Bald steigt die Nebelfrau
Aus tiefem Schacht empor.
Verhüllt die grüne Au
Und schließt das Sonnenrot.

Und leise Trauer schwebt
In manchen Lebensstift.
Und mit der Schönheit lebt
Ein Weid in deiner Brust.

auf einem Stuhl und „Ich“ sich die Versicherung an. Manchmal bestaunte er die Damen und verneigte sich höflich vor den Herren, die besonders schlecht gekleidet waren. Dafür gab es dann auch nirgendwo so feine, feine, feine und so feine Damen unter der Sonne wie damals in Bergen. Die Schauspielerin Lucie Wolf, die zu dieser Zeit im Nationaltheater spielte, schrieb später in ihren „Bühnenerinnerungen“ über den „jungen, unbeholfenen Regisseur“: „Ich entsinne mich sehr als eines jungen, wunderlichen, vorlauten Menschen. Er war zwar jederzeit freundlich und zuvorkommend, aber doch in einer so seltsamen Weise, daß ich immer froh war, wenn ich nicht direkt mit ihm in Berührung zu kommen brauchte. Eine Anstrengung, wie man sie bei Hofen geübt war, kam bei ihm überhaupt nicht in Frage. Jedenfalls hatte ich Angst vor ihm. Wäre man sich ihm, so zog er sich zurück wie eine Schnecke in ihr Haus.“

Überhaupt die „Dora“! Sie war und blieb sein Schmerzenskind. Vor vielen Jahren spielte eine deutsche Schauspielerin diese Rolle mit einer solchen Wärme und Dinge, daß Publikum und Kritik gleichermaßen von dieser Leistung begeistert wurden. Jenseits der Bühne gelang und brachte eine der nächsten Vorstellungen. Erfolg: er schüttelte traurig den Kopf und murmelte: „Aber sie hat ja nicht einmal die Hände meiner Dora.“ Sein Ausdruck wirkte erschütternd wie ein kalter Wasserstrahl auf die Gäste dieser so temperamentsvoll begonnenen Aufführung.

Kleiner Spiegel

„Deutsche Kultur“

Im Berliner Polizeipräsidium sitzt unter der Aufsicht des „nationalen“ Herrn von Papen die Jüdin Feilchen Dr. Wölfe als Polizeibeamtin. Diese leitet die Abteilung für „Schwarz- und Schmutz-Literatur“. Man kann sich leicht vorstellen, wie „berufen“ gerade diese Jüdin ist, darüber zu entscheiden, was für ein deutsches Volksempfinden abträglich ist und was nicht.

Ein guter Erfolg

In diesen Tagen zu Ende gegangene Dörfel-Blindener Kunstausstellung hat ein über Erwartetes gutes wirtschaftliches Ergebnis gezeigt. Es wurden über 130 Kunstwerke verkauft, die eine Einnahme von 48 550 Mark brachten. Die Mehrzahl der Käufer wurde von Privaten getätigt; von

den verschiedenen Verbänden wurden für nur etwa 15 000 Mark Bilder angekauft.

Umfassende Entdeckungen über die Urgeschichte Afrikas

Die Sowjet-Regierung hat eine Mitteilung vom Leiter der Wissenschaftlichen Expedition, Rosolow, erhalten, der zur Erforschung der Urwelt Ostafrikas wurde, und der dort die Kisten des Schicksals forschte. Die Mitteilung lautet, daß in der letzten Nacht der Expedition bedeutende Entdeckungen gemacht wurden. Es sind Schriftstücke in einer bisher unbekannten Sprache gefunden worden, die nach Auffassung des schwedischen Forschers eine Umwälzung in der bisherigen Kenntnis über die Urgeschichte Afrikas versprechen.

Sir Walter Scott

Zu seinem 100. Todestage am 21. September.

Das englische und schottische Volk kann sich glücklich schätzen, daß seine vaterländische Geschichte von zwei großen Dichtern zu wunderbarer Anschaulichkeit und dichterischer Lebendigkeit gestaltet wurde: von dem englischen Dramatiker William Shakespeare und von dem schottischen Romanhistoriker Walter Scott. In den schottischen Romanen Shakespeares und den historischen Romanen Scotts besteht das Angelegenheit eines Schicksal von innerweltlichen Werten, auf den es stolz sein kann; die Ereignisse und Gestalten seiner eigenen Vergangenheit sind hier durch dichterische Schöpfungskraft in unvergesslicher Weise gelangt.

Wenngleich Shakespeare natürlich der fraglos größere Dichter ist, so entbehrt doch ihre Lebensentwerfung auch in anderer Hinsicht nicht der Berechtigung. Beide haben niemals in der Literatur als solcher das eigentliche Ziel ihres Wirkens gesehen.

Gemeinsam ist beiden Dichtern ihre starke Wirkung auf Deutschland. Der Schicksalsbereicher Goethe hat in seinem Alter aus das Wirken Scotts noch voll zu würdigen gewußt. „Walter Scott“, sagte er einmal zu Eckermann, „ist ein großes Talent, das nicht seinesgleichen hat, und man darf sich billig nicht verhehlen, daß er auf die ganze Welt so außerordentliche Wirkungen hervorbringt. Er gibt mir viel zu denken, und ich entbede in ihm eine ganz neue Kunst, die ihre eigenen Gesetze hat.“ Am 15. August 1771 wurde Walter Scott zu Edinburgh als Sohn eines angesehenen Fußbeamten geboren. Obgleich seine Laufbahn ganz

die eines Juristen war —, vor er dem Städtetum doch von klein auf nicht zugewandt. Viel mehr zog es ihn nach den englisch-schottischen Grenzgebieten, denen er von Vätern wie von Mätern Seite entflohen war. Auf dem Gute seines Großvaters in der Sandy-Parish genoss er zuerst mit vollen Sinnen die ganze Romantik dieser an geschichtlichen Denkmälern überreichen Gegend. Hier hörte er in Erzählungen und Gesängen den alten schottischen Volksweisen Bruce und Wallace und von den schottischen Aufständen, in denen das Schottentum noch ein letztes Mal einen selbständigen politischen Willen gezeigt hatte.

Es ist bemerkenswert, daß seine Beschäftigung mit der heimischen Balladenliteratur ihn sehr früh zur deutschen Dichtung hinwies. Angeregt durch die Vorzüge des Edinburgher Rechtsgelehrten und Schriftstellers Henry Mackenzie überlegte er die „Romane“ und den „Wilden Jäger“ von Bürger, Goethes „Erzählung“ und daran anschließend auch den „Gott von Berkingen“. Daneben setzte er auf seinen Streifzügen durch die schottischen Hoch- und Tiefländer die Suche nach alten Liedern fort. Als Ergebnis dieser Arbeiten erschien 1802 der erste Band der „Spielmannslieder von der schottischen Grenze“, eine prachtvolle Sammlung alten Volkslieds, das so vor der Vergessenheit bewahrt wurde, einheitlicher und ursprünglicher als die berühmte Balladen-Sammlung des Wölfe'schen Percy.

Aus der Sammlertätigkeit entwickelte sich die eigene Romanzenverbreitung Scotts, die „das Lied des letzten Sängers“ (1805), „Marmion“ (1808) und „die Frau vom See“ als bedeutendste Stücke hervorbrachte. Diese Werke

sind durchgesehen von echter Romantik; Freude an mittelalterlichen Ritterburgen, an Schlachtengeldern und Einzelkämpfern, an Wunderbaren und Geheimnissen zeichnen sie aus, dazu Anflüge eines prachtvollen Humors. Jedoch wurden diese auf die Dauer doch etwas einseitigen und abwechslungsarmen Romanzen bald durch das aufsteigende Gefühl Lord Byrons überstrahlt. Scott gab daher diese Dichtungsart auf und fand nun im historischen Roman die ihm gemäße Literaturgattung, in der sein Talent sich voll entfalten konnte. Begleitet mit dem 1814 erschienenen Roman „Waverley oder der 60. Jahre“ entflohen nie wieder bis zu seinem Tode (1832) nicht weniger als 27 Romane, eine schon äußerlich genommen bewundernswerte Leistung.

Es ist nicht möglich, die Umstände zu erzählen, die ihn zu dieser großen Arbeitsleistung anspornten. Sein äußerer Werdegang hatte ihn 1797 in das Heer geführt; 1799 wurde er Scheriff (Oberichter) in der Grafschaft Selkirk und 1806 Urlandsbeamter. Bald hatte sich sein Hofstand zu geben, daß er 1812 das prächtige Schloss Abbotsford am Tweed erwerben konnte. Dann aber geriet er plötzlich durch den Zusammenbruch einer Verlagsabmachung, an der er beteiligt war, in ungeheure Schulden. Seine Mittlere empfand diesen Mangel als mangelhaft, und so entschloß er sich, diese Schuld durch die Arbeit seiner Feder bis zu den letzten Pfennig zu tilgen. Mit recht schottischer Fähigkeit ging er diesem Ziele methodisch nach. Jedoch die fast übermenschlichen Anstrengungen verzehrten ihn rasch. Nachdem eine Reise nach Italien ihn nicht die erpöhten Wirkung gebracht hatte, stand er am

21. September 1832 auf seinem Abbotsford herunter.

Daß Scott neben seiner dichterischen auch noch eine reiche wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet hat, sei nur nebenbei erwähnt. Er veröffentlichte eine Reihe literarhistorischer Arbeiten und eine umfassende Lebensbeschreibung Napoleons.

Der weitaus größte Teil seiner Romane hat die Geschichte Schottlands zum Gegenstand. Nur wenige, wie die „Hochzeiten und die Gefangen“, „Donquixot“ (1819) und „Kenilworth“ (1821) führen nach England. Wenn er sich sogar ausnahmungslos dem europäischen Festlande zuwandte, wie in „Quentin Durward“ (1823), so tat dabei meist irgendeine Verbindung mit Schottland gegeben.

Nicht die Schaffung der Gattung des historischen Romans allein ist das Große und Eigenartige an der Leistung Scotts, sondern die Meisterhaftigkeit, mit der er seine Heimat lebendig zu machen verstand. Er hat seinen Schöpfung die Augen geöffnet für die Größe ihrer heimischen Geschichte. Dadurch, daß er ihre Geschichte an die Schattenspiele Schottlands hängte, hat er die Einheit des britischen Reiches gefördert, als es die Gehege zu ihm vermochte. Die Geschichtsbilder und Lebensentwürfe seiner Werke, seine Heimatliebe und sein Humor werden ihm auch in Zukunft zahlreiche Leser sichern, nicht nur bei den Lesern englischer Sprache, sondern auch bei denen, die sich seinem Wesen verzaubert fühlen, nicht zuletzt bei den Deutschen, denen er viel verdankt und viel gegeben hat.

Robert Rojien.

Die Beamtengehaltskürzungen in Oldenburg

Von Landtagspräsident Georg Joel, Oldenburg i. O.

Der Oldenburger Beamtenbund nimmt selbstverständlich gegen die durch das Oldenburgische Staatsministerium jetzt verfügten Kürzungen der Gehälter Stellung. Wenn ein Berufsverband für seine Angehörigen nicht eintritt, ist er keine Vertretung zur Wahrung der wirtschaftlichen Belange seines Standes.

Bei der Beamtenhaft ist zu berücksichtigen, daß sie in der Höhe des Entgelts für ihre Arbeitsleistung genau so von den finanziellen Kräften der Behörde abhängig ist, wie die Entlohnung der Angestellten (sog. Arbeiter von dem finanziellen Können des Arbeitgeber). Es besteht nur der Unterschied, daß, falls ein privater Arbeitgeber nicht mehr in der Lage ist, die durch staatlich geschätzte Tarifverträge festgelegten Gehälter und Löhne zu zahlen, Entlohnungen vorgenommen werden. Wir sehen heute in den meisten Privatbetrieben, sogar in der für das heutige Volk lebensnotwendigen Landwirtschaft, daß man versucht, mit immer weniger Arbeitskräften auszukommen, weil man infolge der schlechten Wirtschaftslage nicht mehr die notwendigen Sammelmittel zur Entlohnung der Arbeitskräfte herbeibringen kann. Abgesehen von den Kleinrentnerinnen und den großen Unternehmungen aller Art, die aus Gründen reiner Profitwirtschaft zu wirtschaftlich schädlichen Rationalisierungsmaßnahmen schreiten.

Diese schlechte Wirtschaftslage wirkt sich aber nicht nur in Entlohnungen aus, sondern auch in der immer geringer werdenden Steuerkraft des Volkes. Der geringe Lohn bedingt geringeren Steuerertrag und ebenso die Entlohnung von Arbeitskräften.

Von dem Steuerertrag hängt aber die Möglichkeit der Entlohnung der Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Hand ab.

Werden jetzt Staat und Gemeinden wie private Arbeitgeber handeln, dann müßten sie aus dem Unvermögen der Bezahlung ihrer Arbeitskräfte zu Entlohnungen scheitern. Diesem Vorgehen stehen aber gesetzlich verbindliche Vorschriften entgegen und es ergeben sich die Fragen:

1. ob man weiterhin bestimmte Gruppen der Arbeitskräfte der öffentlichen Hand um ihre Bezahlung betreiben will, ob man

2. alle Arbeitskräfte der öffentlichen Hand in voller Höhe entlohnt und in bestimmter Frist die öffentliche Hand zur Zahlungsfähigkeit treibt, oder man

3. durch einen Ausgleich dafür sorgt, daß alle Arbeitskräfte weiterhin entlohnt werden, allerdings nicht in der vorherigen Höhe.

Die erste Frage muß jeder anhängende Mensch verneinen. Der Staat muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür sorgen, daß die Arbeit für den Staat auch der Stellung des Arbeitenden entsprechend bezahlt wird. Es muß unbedingt von der öffentlichen Hand dafür gesorgt werden, daß die Beamten, die in ihrem Gehalt seit Monaten rückständig sind, zu ihrem Recht kommen. Deshalb soll die neue Kürzung der Entgelte zu einem Teil den Gemeinden zugewiesen, die wegen ihrer beschränkten Lage seit einiger Zeit den Gehältern nicht mehr zahlen konnten. Ein anderer Teil der Kürzungen kommt ebenfalls den bestehenden Gemeinden zu, die nicht aus eigener Kraft mehr in der Lage sind, den Abzahlungsverweigerungen nach Unterhaltungen zu geben. Der Rest dient dazu, daß der Staat seinen eigenen Verpflichtungen nachkommen kann.

Die zweite Frage ist rein vom politischen Standpunkt aus zu behandeln. Bei der schlechten Haushaltslage des Staates und der Gemeinden ist der Zeitpunkt zu erörtern, an dem der Staat — heute sind schon viele Gemeinden praktisch zahlungsun-

fähig und werden nur noch vom Staat gestützt — seine Zahlungsfähigkeit erklären muß. Dann läßt das Eingreifen des Reiches und ganz selbstständig die Ausgabenbeschränkung auf personellem Gebiet mit noch rigoroseren Kürzungen. Die Nationalsozialisten würden dadurch selbst ihre so schwer errungene Machtposition ausgeben.

Das wird die nationalsozialistische Staatsregierung natürlich nicht tun. Sie hat kein Interesse daran, daß Oldenburg seine Selbstständigkeit verliert und damit automatisch der Nationalsozialismus eine Machtposition.

Aus allen diesen Gründen bleibt nur die Bezahlung der dritten Frage übrig.

Der Oldenburger Staat kann nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt und muß das Geld nach sozial gerechten Gesichtspunkten wieder ausgeben. Der Staat läßt sich nicht auf die Bezahlung feststehender Gelder wie von den Nationalsozialisten verneinen und ist bei den heutigen Verhältnissen auch nicht gabelbar.

Der Deutsche Beamtenbund wird unter dem heutigen System der Oldenburgischen Regierung seinen Anspruch geltend machen.

Der er müßte schon von sich aus dafür sorgen, daß von der Reichsregierung die Herabsetzungen an Reichseinkommen für Oldenburg erheblich herabgesetzt werden, da die Reichsregierung nicht daran denkt, die nationalsozialistischen Wirtschaftsbedingungen in die Tat umzusetzen, die in ihrer Praxis heute nur noch allein die dauernde Bezahlung der Arbeitslosigkeit garantieren.

Wenn der Reichsfinanzminister erklärt hat, daß er sein Möglichstes tun werde, damit die Gehälter nicht gekürzt werden, denn Gehaltskürzungen bedeuten in ihrer Einwirkung nicht verminderte Kaufkraft und vermehrte Arbeitslosigkeit, dann hat der Reichsfinanzminister nur das wiederholt, was die Nationalsozialisten seit über einem Jahr-

seht gepredigt haben. So wie wir die Kassenlage des Reiches kennen, hätte das Reich schon lange Gehaltskürzungen vornehmen müssen, wenn es sich nicht dauernd mit den ominösen Ueberbrückungskrediten helfe, die seit Jahren die Schuldenlast des Reiches ständig erhöhen. Und die Unternehmen des Reiches wie Post und Reichsbahn helfen sich heute noch mit immer weiteren Entlohnungen von Beurlaubten von Angestellten und Arbeitern. Man braucht ja nur die Presse zu lesen, um diesen Zustand zu kennen.

Dieser Weg ist aber in Kürze auch verbannt, da das verbleibende Personal die anfallende Arbeit nicht mehr bewältigen kann.

Die Wege zur dauernden Arbeitsbeschaffung liegen klar und deutlich vorgezeichnet. Ihr Verschreiten durch das Reich steht auch die Länder und Gemeinden wieder in den Stand, die bei den Behörden beschäftigten Menschen mit einem ausreichenden Einkommen auszustatten; ja sogar die Einkommen über den Vorkriegsstand zu heben, da nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung einen allgemeinen Wohlstand erzeugt, wie er vor dem Kriege nicht denkbar war.

Die Beschwerde darüber, daß die nationalsozialistischen Minister die Vertreter der deutschen Beamtenbund angehörigen Verbände nicht empfangen, ist nicht berechtigt.

So lange, wie der Deutsche Beamtenbund mit seinen Unterlegungen es sich erlaubt, die nationalsozialistische Bewegung anzugreifen, in dem großen Teil sogar zu bekämpfen, so lange werden die Vertreter der Organisation des Deutschen Beamtenbundes sich damit abfinden müssen, daß sie von nationalsozialistischen Ministern empfangen werden, zumal die nationalsozialistische Bewegung selbst genügend Sach- und Fachkenntnis in ihren Reihen hat.

Der große Tag der deutschen Feinkostkaufleute!

Der Reichsverband der Deutschen Feinkostkaufleute e. V. Berlin, hielt trotz der Kälte der Zeit und des Standes, am 12. September seinen 24. Verbandstag in den Mauern der idyllisch gelegenen, idyllischen Industriehausen in Plauen ab.

Der Direktor des Reichsverbandes, Stabschefordner Klopfer, erläuterte den vorliegenden Geschäftsbericht. Der R.F.K. habe auch im Jahre 1931 seine gesamtwirtschaftlichen und nationalen Interessen in den Vordergrund gestellt. Die Lage im Feinkosthandel habe sich im abgelaufenen Jahre bedeutend verschlechtert, u. a. auch infolge des zunehmenden Eindringens des Großhandels in den schwer um seine Existenz ringenden Einzelhandel. Im Hinblick auf den Kampf um den Feinkostkauf, der ein Bild von der Ausbreitung der Warenhauskonzerne im Einzelhandel. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig von der Versammlung angenommen:

„Der 24. Verbandstag Deutscher Feinkostkaufleute fordert nachdrücklich die Ausdehnung der Konzeptionspflicht auch auf Warenhäuser, Einzelhandels-Geschäfte, Großfilialien-Konglomerate und verwandte Betriebe. Die Konzeptionspflicht in Städten von wenig-

ger als 100 000 Einwohnern, wie sie die Verordnung vom 9. 3. 32 einführt, hat sich nicht als ausreichendes Mittel erwiesen, um den Ausdehnungsdrang solcher kapitalistischer Großbetriebe zu hemmen. Diese versuchen vielmehr durch Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen ihr Ziel zu erreichen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, jede gesetzliche Handhabe in dieser Richtung auszunutzen, um auch von dieser Seite her den Lebensspielraum des mittelständischen Einzelhandels zu sichern.“

Die durch die Zeit verstärkten Forderungen des mittelständischen Einzelhandels auf Ausdehnung des Reichsverbandes der Waren- und Kaufhäuser aus der Hauptgemeinschaft der Deutschen Einzelhandels wurde in einem Referat des Verbandsdirektors begründet. Der Reichsverband Deutscher Feinkostkaufleute sei, worauf der Redner besonders hinwies, als erster Nutzer in dem Streit um die Ausdehnung des Warenhausverbandes aus der Hauptgemeinschaft auf den Plan getreten, und die demnachst stattfindende Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft werden schon einmal vertrat, werde mit diesem neuerdings auch von anderen Mitgliederverbänden der Hauptgemeinschaft aufgestellten Antrag sich beschäftigen müssen. Sodann behandelte Handelsgerichtsrat Dehmann, Varnen, die Wünsche des Feinkosthandels gegenüber den Feinkostlieferanten, die sich insbesondere auf eine angemessene Handelsspanne und Erleichterungen in den Zahlungs- und Lieferungsbedingungen beziehen.

Herr Franz Dom Marz, Dortmund, forderte programmatisch eine Reform der Steuererhebung unter Berücksichtigung der Belange des mittelständischen Einzelhandels mit folgender mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Entschlüsselung:

Der Verbandstag Plauen des Reichsverbandes D. F. fordert, daß die Reichsregierung unter Anlehnung an § 164 der Reichsverfassung eindeutig ihre Stellung zu der mittelständischen Wirtschaft auspricht, ferner, daß ein mittelständisches Schutzprogramm zur Abwehr gelangt, in dem Reformen mit dem Ziele der Gesundung des gewerblichen Kleinunternehmens vorangetrieben werden, daß die Reichsregierung unverzüglich Reformen zur Steuererhebung

bringt. Und zwar erwartet der Verbandstag:

a) Einführung der Pfaffensteuer bis 1. 1. 1933 auf der Grundlage, daß diese Steuer bei einer der letzten Verteilungsschritte vor hergehenden geeigneten Stelle erhoben wird, daß bis zum Inkrafttreten dieser Steuer die Umsatzsteuer derart umgewandelt wird, daß für alle Umsätze bis zu 250 000 RM. 0,5 v. H. und für alle darüber hinausgehenden Umsätze ein Zuschlag von ein Zehntel für jede angebrochene 100 000 RM. erhoben wird, daß weiterhin für kleinen ein Zuschlag von 100 v. H. auf die Steuer erhoben wird, der den Gemeinden zufließt. b) Bei der Gewerbesteuer wird die sofortige Anhebung der staatlichen Gewerbesteuerzuschläge gefordert und die Einführung besonderer Freigrenzen für alle in dem gewerblichen Unternehmen mitarbeitenden Familienangehörigen.

c) Bei der Einkommensteuer wird eine Senkung des Einkommensteuersatzes für mittlere und kleinere Einkommensteuersätze sowie die Gleichstellung der Familienvermehrung für Lohnsteuerpflichtige und Beamtenteile nebst Einführung eines dreijährigen Durchschnitts gefordert.

d) Im Interesse der Behebung der Wirtschaft wird eine Freigabe bis zu 50 v. H. des ermäßigten Haussteuerbeitrages für notwendige Instandsetzungsarbeiten verlangt.

e) Zur Körpersteuern wird die Einbeziehung der bisher befreiten Betriebsformen (wie auch der öffentlichen Hand) gefordert.

f) Der Verbandstag wendet sich gegen die Wiedereinführung der Bürgersteuer, da nach dem Zusammenbruch großer Arbeitnehmer- und Angestelltenverbände diese Bürgersteuer neben der Gewerbesteuer das gesamte verbleibende Kleinunternehmertum zu erdrücken droht.

Der Abend brachte im festlich mit Blumen geschmückten großen Saale der Centralhallen Plauens eine mächtige öffentliche Kundgebung für die Plauer Kaufmannschaft, in deren Mittelpunkt ein Vortrag der Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Plauen, Paul Grotzer, über die Organisation im Einzelhandel, sowie ein Vortrag des Verbandsdirektors Klopfer über die Ursachen der Mittelstandsnot und Mittel und Wege zur Mittelstandsbelebung. Besonders betonte Herr Paul Grotzer in seinem Vortrag, daß sich der Einzelhandel im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen sehr spät organisiert habe. Dies liege allerdings in der Natur der Sache. Notwendig eine Reform in der Organisation, die mehr als andere Berufsstände auf berufsbildenden Elementen rekrutiere. Der innere Grund für die im Einzelhandel feststellbare Vielgestaltigkeit in den Betriebsformen komme in der Organisation zum Ausdruck. Der Einzelhandel brauche diese zur Durchsetzung seiner Forderungen gegenüber den Behörden. Er brauche schließlich zum Ausdruck, daß der Kauf nach einer ständigen Organisation immer lauter erschalle. Nur ein kraftvolles Zusammenstehen des Einzelhandels könne aus den derzeitigen Nöten befreien.

Der zweite Vortrag des Verbandsdirektors, Stabschefordner Klopfer, wurde eingeleitet mit einer Betrachtung und Bewertung des Regierungsprogrammes. Die Staatsanwaltschaft hat heute fast nur noch im Polizeibereich und Gummistempel verankert. Die Wirtschaft sei zur mühseligen Aufrechterhaltung und zur brennenden Notwendigkeit harte Parteien gezwungen worden. Sie haben das Vertrauen zum Staat und seinen Machthabern verloren. Sodann behandelte der Redner die Auswirkungen des Bankrotts im Hochsommer 1931. Dann zeigte er die Glanzzeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, von dem insbesondere auch der gewerbliche Mittelstand mit am stärksten betroffen wurde und legte dar, wie in diesen Glanzzeiten sich die Erfüllungsspanne und Arbeitspolizei der Marktwirtschaft förmlich spiegelte, und wie diese traurige Statistik auch ein Abbild der von den Systemregierungen betriebenen Begünstigungspolitik gegenüber Kongernen, Kollektivbetrieben, Kartellvereinen und Warenhäusern sei. Der Kampf gehe seit dem Jahre 1929 auch mäßig zurück. Die Scheinblüte nach der Inflation habe angeborene Inzidenzpflichten und Ueberforderung der deutschen Industrie zurückgelassen. Es sei an der Zeit, die Individualwirtschaft wieder durch Umgestaltung der Steuern und des Handels- und Gewerbetriebs zu fördern. Es sei die Forderung gerechtfertigt, den Artikel 164 der Reichsverfassung aus einer Maßnahme zu zwingendem Rechte in der Spezialgesetzgebung des Reiches zu machen. Die Reform der Gewerbeordnung erweise sich als dringend notwendig. Infolge der Wirtschaft könne nicht gegen, sondern nur mit einer starken nationalen Mittelschicht in Staat und Land erfolgen.

9. Oktober Nationalsozialistischer Großflugtag

Fallschirmpilotin Liesel Schwab kommt!

Deutsches Arbeiter-tum

Die letzte Chance der Gewerkschaften

Nur ein nationalsozialistischer Kurs kann die Gewerkschaften retten!

Von Hans Wallas

Die wachsende Arbeitslosigkeit der letzten Jahre ist auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorbeigegangen. Die Kräfte sind leer, die Unterhaltungen der erwerbslosen Mitglieder haben das Vermögen aufgeschöpft, und die dabei immer mehr sinkenden Einnahmen aus Beiträgen haben sich ausgewirkt. Dazu kommt, daß nicht nur die arbeitslosen Kollegen auf der Kasse der Gewerkschaften ausfallen, sondern auch sehr viele und z. T. langjährige Mitglieder kehren den Gewerkschaften den Rücken.

Ans zwei Gründen!

Erstens: Weil vielen die finanzielle Belastung durch die Mitgliedsbeiträge nicht mehr tragbar ist. Die Arbeitslosen und Angehörigen der Familien sind im Laufe der Jahre bereit gewesen, daß lieber auf die Mitgliedschaft verzichtet wird, als weiterzahlen. Die Arbeiter und Angehörigen haben zu einem großen Teil auch das Vertrauen verloren, daß sie einmals für ihre Beiträge die entsprechende Gegenleistung erhalten. Die besten Schulbeispiele waren die verschiedenen Tarifstreiks in diesem Jahre, wo die Gewerkschaften entweder nur eine sehr geringe Unterstützung zahlten oder den kämpfenden Arbeitern nicht einmal direkte Unterstützung gewährten, sondern auf dem Wege der Sammlung einige Pfennige für die Streikenden zusammenbrachten. Manchmal gab es auch überhaupt keine Unterstützung!

Zweitens: Das haben sich die Gewerkschaftsmitglieder natürlich gemerkt und sich gefragt, wozu sie denn immer hohe Beiträge zahlen sollen, wenn diese gerade noch ausreichen, die Verwaltungskosten zu decken, für sie selbst aber nichts mehr übrig ist.

Das ist die eine Ursache. Es gibt aber noch einen Grund für den Niedergang der Gewerkschaften, und das ist der weit bedeutsamere: Nämlich die politische Vertrauenskrise!

Der Nationalsozialismus hat schon immer darauf hingewiesen, daß die Politik, die von seinen verschiedenen Gewerkschaftsführungen getrieben wurde, naturgemäß zu einer Zerschlagung der einzigen Arbeiterorganisationen der Arbeiter führen muß. Der Grund allen Übels liegt darin, daß der größte deutsche Gewerkschaftsbund, der ADGB, seitens im Jahr 1918 der Sozialdemokratie folgt. Wie es dazu kam, ist eine lange Entwicklung, die sich auf viele Jahrzehnte erstreckt und erst 1918 zu einem entscheidenden Abschluß kam. Seitdem haben sich die „freien“ Gewerkschaften von der SPD und ihrer Politik auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Seit 1918 macht die größte deutsche Arbeiterorganisation die arbeitereigenen sozialdemokratischen Politik mit.

Alles, was in Deutschland innen- und außenpolitisch geschah, wurde nicht vom Standpunkt des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, sondern von der politischen Großperspektive der Sozialdemokratie aus betrachtet.

Es seien nur einige Beispiele hier herausgegriffen.

Wie war es mit der Erfüllungspolitik? Der ehemalige ADGB-Gewerkschaftsführer mußte sich fragen, daß es ein glatter Irrtum ist, auf der einen Seite das Verlangen des Arbeiters nach unserem Geld und Gut zu befriedigen, auf der anderen Seite aber auch den Wunsch des deutschen Volkes nach Beseitigung des Sozialismus zu erfüllen.

Niemand kann zwei Herren dienen! Aber die Gewerkschaftsführer sahlten sich nicht nur als Vertreter ihrer Organisationen, sondern in weit stärkerem Maße als Marxisten, als Sozialdemokraten! Und weil die SPD die Erfüllungspolitik zur Sicherung ihrer Machtstellung brauchte, deshalb opferten die verantwortlichen Führer der deutschen Arbeiterkraft das Wohl des Volkes dem Wohl des Sozialismus und trieben hemmungslos im Dienste der sozialdemokratischen Erfüllungspolitik und gaben damit den Gewerkschaften den ersten Stoß!

Genau so war es mit der Tolerierung Dringens! Das Wohl des deutschen Arbeiters mußte zurücktreten vor den politischen Interessen der sozialdemokratischen Partei. Die Auswirkung sehen wir heute:

Die durch eigene Schuld der Gewerkschaftsführer hervorgerufene Finanz- und Vertrauenskrise hat die Gewerkschaften an den Rand des Abgrundes gebracht.

Die gleiche Schuld wie die „freien“ haben aber auch die „christlichen“ Gewerkschaften auf sich geladen. Auch für diese fanden im Vorbergrunde die kluge politische Aufnahmungen, denen im vollen Umfang die Interessen der Arbeitnehmer geopfert wurden.

Und wie ist die Lage jetzt?

Die Regierung von Papen, die durch den von den Gewerkschaften auf Richtungen einmütig gewählten Reichspräsidenten eingesetzt wurde, hat einen Lohn- und Tarifabbau diktiert, wie er früher überhaupt kaum ausgedenkt ist.

Die Gewerkschaften aber stehen ohnmächtig daneben!

Wenn sie schon, unbehindert durch politische Bindungen, wirklich den Kampf gegen diesen Lohnraub, der völlig zweck- und sinnlos ist und nie zur Arbeitsbeschaffung beitragen kann, aufnehmen wollten, sie könnten es nicht, weil dank 13jähriger Verleumdungspolitik, die sie selbst mitgemacht haben, die Kampfkräfte verschwunden sind. Keine Regierung der Vorkriegszeit hätte es wagen können, auch nur einen Bruchteil von dem zu diktieren, was die deutsche Arbeiterkraft heute ohnmächtig über sich ergehen lassen muß. Ein Sturm hätte sich erhoben, wie ein Mann hätte die Arbeiter geweilt, und es wäre Grenzen der Gewerkschaften gewesen, den Streik zu gewinnen.

Heute müssen sich die Millionenverbände der deutschen Gewerkschaften, in deren Hand die Vertretung der deutschen Arbeiterkraft liegen sollte, von den jungen NSDAP beschämen lassen, die bei allen berechtigten Streiks dieses Jahres stets die

Streikenden besser unterstützt hat als die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften stehen am Scheidewege.

Sollen sie weiter im bisherigen Kurs verharren oder wollen sie eine völlige Schwenkung vornehmen? Welchen sie bei ihrem politischen Kurs für den Marxismus und gegen die deutsche Freiheitsbewegung, gegen den Nationalsozialismus, so ist der heilige Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften gewiss.

Dann hat die Arbeiterkraft die Stütze verloren, die ihre einzige Waise gegen die Elendspolitik eines antizionalen reaktionären Systems hätte sein können.

Darum müssen wir allen deutschen Gewerkschaftlern zu rufen das Steuer, kämpft Seite an Seite mit der deutschen Freiheitsbewegung für den deutschen Sozialismus.

Nur ein nationalsozialistischer Kurs kann die Gewerkschaften retten!

Das ist eure letzte Chance!

Bremischer Behördenterror!

Sind Nationalsozialisten Freiwild? — Kläglicher Zusammenbruch einer „antifaschistischen Aktion“ des Fürsorgeamts!

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, fand am Dienstag die Verhandlung statt über eine Klage, die der P. g. Schierendeb gegen den Bremischen Staat wegen seiner fristlosen Entlassung angehängt hatte. P. g. Schierendeb war seit Dezember 1930 als Hilfsarbeiter beim hiesigen Fürsorgeamt angestellt und wurde im August d. J. plötzlich entlassen. Angeblich, weil er während der Dienstzeit nationalsozialistische Propaganda getrieben hatte. Unser P. g. reichte darauf beim Arbeitsgericht Klage ein gegen den Bremischen Staat wegen dieser vollkommen willkürlichen Maßnahme und der Verletzung der Verhandlung zeigte dann auch in geradezu erschütternder Weise, auf welche schwachen Füßen die Anlagen standen, die man gegen Schierendeb erhob und mit denen man seine fristlose Entlassung begründen wollte, sie zeigte aber auch, wie sehr noch bei den Bremischen Behörden die Meinung vorherrscht, Nationalsozialisten ständen außerhalb von Recht und Gesetz und seien jeder parteipolitischen Willkürhandlung schutz- und hilflos ausgeliefert. Die Herren — und Damen! — die solche Meinung haben, sind gewaltig im Irrtum befangen, und wir werden ihnen noch recht deutlich zu zeigen wissen, daß die Zeiten der Entsetzung von Nationalsozialisten dahin sind, endgültig dahin, und daß sie nicht wiederkehren werden!

In der von Richter Dr. Ellermann geleiteten Verhandlung wurde als erste in der langen Reihe von Zeugen Hr. Wehring vernommen, ihres Zeichens

2. Vorsitzende der Staatspartei

in Bremen. Von Beruf Leiter der Abteilung 6 des Fürsorgeamts. Man muß sagen, die Dame tat alles, was in ihren Kräften stand, um unseren P. g. Schierendeb zu belächeln. Dadrast Geficht und mit einem halb verlegenen, halb — na, wir wollen nicht näher definieren — also mit einem aus Gründen der Ritterschick nicht näher zu definierenden Lächeln sah die 2. Vorsitzende der Staatspartei vor dem Richter und bemühte sich, ihre Aussagen mit recht ironisch klingenden Wendungen zu pfeifen! Es war ein Stoß! Leider entsprach der Erfolg aber nicht den Aufwendungen und was wie Ironie klingen sollte, klang in Wirklichkeit ganz anders. Unsere bedürftige Ritterschick verriet uns auch hier wieder zu sagen, wie es klang. Zufälliges war sie herzlich wenig zu sagen, und das, was sie sagte, belästigte sie mehr als den Parteigenossen Schierendeb. So mußte sie zugeben, daß sie mit Schierendeb politische Gespräche begonnen habe. Jemandem, der sie nicht als Vertreterin der NSDAP, sondern als eine Frau, die sie hat zwar einmal geliebt, hat Schierendeb für die NSDAP agitiert, konnte sie nicht nennen. Sie hat zwar einmal geliebt, hat Schierendeb für die NSDAP agitiert, konnte sie nicht nennen. Sie hat zwar einmal geliebt, hat Schierendeb für die NSDAP agitiert, konnte sie nicht nennen.

Als zweiter Zeuge marschierte Herr Piotrowski auf. Hr. Piotrowski ist ganz Würde, ganz Vorgelehrter! Auch er bemüht sich eifrig, den Nationalsozialisten zu belächeln. Aber auch ihm gelingt es trotz aller Mühe vorbei. Das einzige, was er weiß, ist, daß Schierendeb ihn einmal vor Dienstbeginn gefragt habe, ob er nicht in die SA eintreten wolle. Außerdem soll er sich bei den anderen Beamten nach der politischen Gesinnung des Zeugen erkundigt haben. Trotzdem Herr Piotrowski auf Befragen des Richters erklärt hatte, daß er mit dem Kläger nicht verfeindet sei, verriet sich ganzes Auftreten eine so feindselige Einstellung gegen P. g. Schierendeb, daß der Richter dem Zeugen sagte: „Es scheint aber, daß Sie dem Kläger doch feindselig gegenüberstehen.“ Nach beiderseitiger Aussage beschwört Herr Piotrowski wieder. Ganz Würde, ganz Vorgelehrter! Das Publikum lacht.

Die Vernehmung der übrigen Zeugen ist noch negativ. Sie wissen von nichts. Bei ihnen hat Schierendeb niemals für die NSDAP zu werben versucht, der eine oder andere hat aber gehört, daß der Kläger es bei anderen versucht habe. Folgt der Richter aber zu, so bleibt es regelmäßig beim

entwenden

sein muß! Zu einen bezeichnenden Zwischenfall kommt es bei der Vernehmung des Personalchefs des Fürsorgeamts, des Zeugen Körper. Der Zeuge, dem das ganze Personal des Fürsorgeamts untersteht, weiß nicht das geringste von einer politischen Agitation des Klägers. Er hat auch nie von anderer Seite gehört, daß der Kläger politisch agitierte. Körper ist im August d. J. auf Urlaub gewesen. Als er zurückkam, hat er die ihm vorgelegte Entlassung Schierendeb's unterzeichnet in der Annahme, es handelt sich um einen Arbeitsausfall. Der Zeuge ist auch von der Meinung, daß es sich um einen solchen Arbeitsausfall bei dem P. g. Schierendeb handelt und gerät in höchstes Erstaunen, als der Richter ihm aus den Akten vorliest, daß der Leiter des Fürsorgeamts,

Dr. Spreine,

die sofortige Entlassung Schierendeb's angeordnet hat, weil der Kläger angeblich politische Werbung für die NSDAP treibe. Die Klage

hat schlecht geklappt,

meine Herren!!! Eine besondere Rolle in der Verhandlung spielte der Vertreter des Fürsorgeamts, der

deutschnationale Herr Anke.

Er sprach mit Feuerkraft in die Presse, als die Situation brenzlig wurde, konnte dem P. g. Schierendeb aber ebenso wenig nachweisen, wie die anderen.

Das Ergebnis der Vernehmung konnte für

das Fürsorgeamt nicht kläglich sein! Nichts, aber auch garnichts blieb übrig, um das Borgehen gegen den P. g. Schierendeb zu rechtfertigen. Nichts blieb übrig als

die bloße Willkür

— und mit der werden wir fertig! Verlassen Sie sich darauf, Herrschaften!

Das Urteil wird am Freitag verhandelt werden. Wir werden dann zu der ganzen Frage noch gründlich Stellung nehmen. Jedenfalls können wir schon heute sagen: Wir werden dafür Sorge tragen, daß dieses Kesselstreben gegen Nationalsozialisten bei den Bremischen Behörden ein schnelles Ende findet!

NSDAP-Pressstelle.

Kampf für Adolf Hitler in der Bremer Silberwarenfabrik

Jeder Kampf trägt Früchte. Das erlebt man fast täglich, wenn die NSDAP zu irgendeiner Belegschaftsversammlung aufruft. Es sieht heute in der Seele des deutschen Arbeiters anders aus, als die Herrn Gewerkschaftsführer meinen. Diese Arbeiterkraft kann eben nicht mehr mit leeren Phrasen davon abgelenkt werden, unsere Versammlungen zu besuchen. Auch die täglich stattfindende Zellenversammlung der Bremer Silberwarenfabrik beweist das wieder eindeutig. Der Besuch war ein recht guter, trotz der geheimen Parolen der Marxisten, unsere Versammlungen nicht zu besuchen. Der Kreisleiter der NSDAP, Müller, wies in einem schlichten Referat auf die Gewerkschaftspolitik der Vorgängerin hin und auf das Kabinett der Barone. Daß das Kabinett der Barone überhaupt möglich ist, ist die Schuld der SPD. Wer hat denn Hindenburg gewählt? Wir oder die SPD? Wen hat das Kabinett Papen gebildet? Wir oder Hindenburg? Diese kurzen Aufklärungsfragen zur Erinnerung an die Vorgänge der letzten Zeit, die der Kreisleiter der Versammlung zurief, genigten denn auch, um viele Arbeiter für unseren Kampf zu interessieren, die sich recht reg an der folgenden Aussprache beteiligten.

Schlußfassung des Kongresses der Christlichen Gewerkschaften

Düsseldorf, 21. Sept. Der Protest gegen die Rotverordnungen und der Kampf gegen die Regierung Papen beherrschte auch am dritten Versammlungstag des Gewerkschaftskongresses die Aussprache. Als zweites Merkmal ist auf die Sozialisationsstreben hinzuweisen, die in fast allen Diskussionsreden zum Ausdruck kam. Vor allem waren es die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, die mit scharfen Worten und unter lebhaften Beifallsausdrücken der Kongreßteilnehmer die Überführung des privaten Bergbaues in den allgemeinen Besitz forderten.

Der Aussprache folgte die Erledigung der verbandspolitischen Angelegenheiten.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes Otto Schloß hierauf den Kongreß mit einem Hoch auf die Christliche Gewerkschaftsbewegung und auf Deutschland.

Aufmarsch der Berliner NSBO.-Amtswalter

Gegen den bürgerlichen Patriotismus

Die NSBO-Berlin veranstaltete Ende der letzten Woche eine Amtswalterversammlung, die in ihrer Wichtigkeit und Gefolgschaft alle bislang abgeschalteten NSBO-Amtswalter-vereinigungen Berlins bei weitem übertraf. Das schaffende Berlin steht hinter Adolf Hitler, der deutsche Arbeiter hat den Kampf um sein Vaterland und für sein Vaterland aufgenommen — das wurde zur unumstößlichen Gewissheit für jeden, der dieser gewaltigen Kundgebung beiwohnen durfte. Der Reichshauptabteilungsleiter VI, P. g. Walter Schumann, M. d. R., gestellte das Verlangen der Gewerkschaften und betonte gleichzeitig unseren unbedingten Willen, die Gewerkschaften nicht anzufassen zu lassen. Nach einem weiteren Vortrag von P. g. Köhler erschien, stürmisch von den Versammelten begrüßt, und von einer Abordnung uniformierter S. G. begleitet, P. g. Goebels, der Vorkämpfer für ein deutsches Berlin. Scharf rednete er ab mit dem Kabinett Papen, das mit dem Glanz der schaffenden Volk bringt und dem Großkapital vermehren. P. g. Goebels — alles unter dem Deckmantel „nationaler“ Interessen. „Es regiert“, so führte er aus, „heute in Deutschland ein Kabinett, das Sozialismus, die Freiheitsbewegung des bürgerlichen Patriotismus darstellt, eines Patriotismus, der in seiner geistigen Struktur 1918 in Deutschland gestürzt wurde, und der nun den Augenblick gekommen glaubt,

in die Macht hineinzuschlüpfen. Wir haben nicht 13 Jahre lang gekämpft, um unter einem unbekannten Herrn v. Papen Witzenspiele zu spielen. Wir haben gekämpft, das mit einer nationalsozialistischen Ministerialnationalsozialistisches Programm zur Durchführung bringen.

Goebels Ausführungen wurden von nicht endemaligem Beifall beantwortet. Der deutsche Arbeiter denkt nicht daran, für die Belange und Profite satter Bürger zu kämpfen, die ihre Gelüste mit dem Vaterland verwechseln und Deutschland zulenken, wenn sie Profit meinen! Das war der Sinn der stürmischen Kundgebung, die die Versammlung dem P. g. Goebels darbrachte. P. g. Engels, der alte Berliner Kämpfer, der auch im Bremer kein Unbekannter ist, wies darauf hin, daß der Reichspräsident nicht nur ein neues, besseres Deutschland unentwegt vorwärtszutreiben, schloß diese einzigartige Kundgebung.

NSDAP-Pressstelle